

Berliner Handbücher

Handbuch der Vermögensnachfolge

Bürgerlich-rechtliche und steuerliche Gestaltung der Vermögensnachfolge von Todes wegen und unter Lebenden

von

Prof. Dr. Wolfgang Baumann, Günter Esch, Prof. Dr. Dieter Schulze zur Wiesche

7., völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage

[Handbuch der Vermögensnachfolge – Baumann / Esch / Schulze zur Wiesche](#)

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

[Bürgerliches Recht](#)

ESV Berlin 2009

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 503 11431 3

Handbuch der Vermögensnachfolge

Bürgerlich-rechtliche und steuerliche Gestaltung
der Vermögensnachfolge
von Todes wegen und unter Lebenden

Begründet von

Dr. Günter Esch†

Rechtsanwalt und Fachanwalt
für Steuerrecht

Prof. Dr. Dieter Schulze zur Wiesche

Rechtsanwalt

fortgeführt seit der 5. Auflage von

Prof. Dr. Wolfgang Baumann

Notar, Wuppertal
Professor an der Schumpeter School
of Business and Economics
Bergische Universität Wuppertal

Prof. Dr. Dieter Schulze zur Wiesche

Rechtsanwalt, Nordkirchen

7., völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
[ESV.info/978 3 503 11431 3](http://ESV.info/978_3_503_11431_3)

1. Auflage 1976
2. Auflage 1981
3. Auflage 1989
4. Auflage 1992
5. Auflage 1997
6. Auflage 2001
7. Auflage 2009

ISBN 978 3 503 11431 3
ISSN 1865-4185

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2009
www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Bibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO Norm 9706.

Gesetzt aus der Stempel Garamond, 9/11 Punkt

Satz: multitext, Berlin
Druck: Danuvia Druckhaus, Neuburg

Vorwort zur 7. Auflage

Seit der Voraufgabe des in der Praxis bewährten Handbuchs der Vermögensnachfolge sind nunmehr acht Jahre verstrichen. Mit der Herausgabe der seit geraumer Zeit vorgesehenen Neuauflage musste bis zur Verabschiedung des Erbschaftsteuerreformgesetzes gewartet werden. Ob dieses Gesetz den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts an Steuergerechtigkeit in vollem Umfang entspricht, muss bezweifelt werden. Einiges deutet auf notwendige Nachbesserungen hin.

Ein Schwerpunkt des Erbschaftsteuerreformgesetzes ist die Bewertung des Betriebsvermögens mit dem gemeinen Wert, der aufgrund eines Ertragswertverfahrens zu ermitteln ist, und seine Verschonung, in der Regel in Höhe von 85 v. H., wenn der Betrieb in gleichem Umfang sieben Jahre fortgeführt wird. Die Neuauflage berücksichtigt alle Änderungen im Ertragsteuerrecht, soweit sie Einfluss auf den Erwerb durch Erbfall und Schenkung und bei der Erbauseinandersetzung haben. Insbesondere der Erbauseinandersetzungserlass, der Realteilungserlass und der Erlass zur unentgeltlichen Übertragung waren zu berücksichtigen. Die Übernahme nicht entnommener Gewinne durch die Erben und deren Nachversteuerung gemäß § 34a EStG werden ausführlich behandelt, ebenso das neue Umwandlungssteuerrecht in der Fassung des SEStEG.

Im materiellen Recht hat es seit 2001 zahlreiche Änderungen gegeben, von denen nur die Schuldrechtsreform, die Änderung des Nichtehechengesetzes, Änderungen bei der eingetragenen Lebenspartnerschaft und die Ersetzung des Preisangaben- und Preisklauselgesetzes durch das PrKG erwähnt werden sollen. Für die Unternehmensnachfolge von herausragender Bedeutung ist die umfassende Reform des GmbH-Rechts durch das MoMiG. Der Erbrechtsreform, bei der noch ungewiss ist, ob sie in dieser Legislaturperiode in Kraft tritt, ist ein eigener Abschnitt gewidmet. Das Buch beachtet Änderungen der Rechtsprechung und die neuere Literatur und ist insoweit umfassend überarbeitet worden.

Die in der 1. Auflage angelegte und mit der 5. Auflage überarbeitete Grundkonzeption des Handbuchs ist dem Leserwunsch entsprechend beibehalten worden. Da das Buch von einem großen, heterogenen Leserkreis (Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Rechtsanwälte, Notare, Rechtswissenschaftler) genutzt wird und sich diesem immer neue Rechtsfragen stellen, sind wir für jeden Hinweis dankbar, um in der nächsten Neuauflage die praktischen Rechtsprobleme noch umfassender zu beantworten. Hinweise und Verbesserungsvorschläge jeder Art können über die Website www.baumann-fabis.de elektronisch übersandt werden und werden in der nächsten Neuauflage verarbeitet.

Wuppertal/Nordkirchen im April 2009

Prof. Dr. Wolfgang Baumann

Prof. Dr. Dieter Schulze zur Wiesche

Vorwort zur 5. Auflage

Mit der fünften Auflage dieses Handbuchs findet ein Generationenwechsel statt. Dr. Günter Esch, Mitbegründer und Autor von vier Auflagen, hat aus Altersgründen seine Autorenschaft niedergelegt. Ihm für seine Leistungen zu danken, ist uns ein aufrichtiges Anliegen.

Das Handbuch folgt dem bewährten Prinzip einer möglichst umfassenden Darstellung der rechtlichen Grundlagen der Vermögensnachfolge. Daher wurden im ersten Buch auch die gesellschaftsrechtlichen Darlegungen beibehalten, allerdings – insoweit neu – in ein eigenes Kapitel die Unternehmensnachfolge eingestellt. Vertieft wurden im Gesellschaftsrecht jeweils die Ausführungen zu den Rechtsfolgen beim Tod eines Gesellschafters. Die Änderungen des Aktienrechts, insbesondere durch Einführung der kleinen Aktiengesellschaft, die Neueinführung der EWIV und der Partnerschaft sind ebenso berücksichtigt wie das Nachhaftungsbegrenzungsgesetz und das neue Umwandlungsrecht. Im Bereich der vorweggenommenen Erbfolge aber auch im Erbrecht sind die Gestaltungshinweise erheblich erweitert worden, wobei auf Textbausteine oder Gestaltungsmuster auch weiterhin verzichtet wird. Einige Teile des Bürgerlichen Rechts wurden völlig neu geschrieben, andere nur überarbeitet und im Hinblick auf neuere Rechtsprechung aktualisiert. Insgesamt wurde der Umfang der Darstellungen wie auch der weiterführenden Literatur erheblich erweitert.

Seit der Voraufgabe sind sowohl im Hinblick auf die Erbschaftsteuer als auch auf die ertragsteuerliche Behandlung durch Gesetzesänderungen (Jahressteuergesetz 1996 und Ergänzungsgesetz), Urteile und Verwaltungserlasse Änderungen in einem solchem Umfang eingetreten, daß bereits die Voraufgabe durch zwei Einleger aktualisiert werden mußte. Noch wesentlichere Rechtsänderungen hat das Jahressteuergesetz 1997 aufgrund der Auflagen des Bundesverfassungsgerichtes gebracht. Die Vermögensteuer wird nicht mehr erhoben. Für die Erbschaftsteuer wird eine Bedarfsbewertung durchgeführt. Die alten Einheitswerte beim Grundbesitz sind entfallen. An Stelle des Sachwertverfahrens ist das Ertragswertverfahren getreten. Die Grundbesitzwerte liegen etwa bei 50 v.H. des Verkehrswertes, während bei Kapitalvermögen weiterhin die Verkehrswerte zugrunde zu legen sind. Eine große Entlastung hat dagegen das Betriebsvermögen und das sonstige Produktivvermögen erfahren. Neben einer sehr günstigen Bewertung mit den Bilanzansätzen ohne Berücksichtigung eines Firmenwertes sowie einem höheren Bewertungsabschlag beim Grundbesitz wird ein Freibetrag von 500.000 DM, darüber hinaus ein Bewertungsabschlag von 40 v.H. bei Besteuerung stets nach Steuerklasse I gewährt. Eine große Erbschaftsteuerentlastung bedeuten die Freibeträge und die Tarifreform.

Wuppertal/Nordkirchen, im Januar 1997

Dr. Wolfgang Baumann

Prof. Dr. Dieter Schulze zur Wiesche

Vorwort zur 1. Auflage

Fleiß, Tatkraft und Energie der Bundesbürger haben in der Nachkriegszeit Vermögen geschaffen, das durchaus breit gestreut ist. Die geschaffenen Vermögen stellen die Grundlage für die Existenz vieler Bevölkerungsschichten dar. Jedem Vermögensinhaber wird daran liegen, das unter Entbehrungen und mit großem Fleiß geschaffene Vermögen seiner Familie zu erhalten. So ungern der Mensch an seinen Tod denkt, so wichtig ist es, rechtzeitig gerade für diesen Fall Vorsorge walten zu lassen. Erbstreitigkeiten können schneller Vermögen vernichten als Vermögen geschaffen werden kann.

Es gilt indessen nicht nur, möglichen Erbstreitigkeiten vorzubeugen; Vermögensverluste können auch bei geordneter Erbfolge durch deren Abwicklung eintreten, z.B. durch Erbauseinandersetzen und die damit häufig geschehende Zerschlagung von Vermögenseinheiten. Der Gesichtspunkt der Erhaltung selbständiger Vermögenseinheiten hat ein besonderes Gewicht für wirtschaftliche Unternehmungen.

In zahlreichen Fällen erweist sich bei der Prüfung der Regelung der Vermögensnachfolge als zweckmäßig, schon durch lebzeitige Rechtsgeschäfte eine Vermögensnachfolge von Todes wegen vorzubereiten, nämlich Maßnahmen sog. vorweggenommener Erbfolge vorzunehmen.

Alle bürgerlich-rechtlichen Lösungen haben gleichzeitig erhebliche steuerliche Auswirkungen, und zwar auf den verschiedensten steuerlichen Gebieten, nicht nur auf dem Gebiete der Erbschaftsteuer.

Das vorliegende Handbuch stellt die bürgerlich-rechtlichen Grundlagen, Institute und Mittel der Regelung der Vermögensnachfolge und die steuerrechtlichen Probleme und Folgen systematisch dar. Es ist aus der Praxis erwachsen, stellt die täglichen Erfahrungen langjähriger Berufspraxis in den Dienst der Sache und soll der Praxis dienen. Insofern ist es kein wissenschaftliches Lehrbuch, jedoch beruht es auf dem gegenwärtigen wissenschaftlichen Stand und bemüht es sich, rechtswissenschaftliche Probleme aufzuzeigen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen, soweit das nach den Bedürfnissen der Praxis erforderlich erscheint.

Das Buch wendet sich sowohl an Berater als auch an den Vermögensinhaber selbst, der seine Nachfolgeprobleme lösen und sich mit der Materie einigermaßen vertraut machen möchte, bevor er sich an seinen Berater wendet.

Das Werk macht die Beratung im konkreten Fall durch Anwalt, Notar oder Angehörige der wirtschafts- und steuerberatenden Berufe nicht entbehrlich. Die Vielfalt der möglichen Fälle läßt vor allem bei größeren Vermögen und komplizierten Familienverhältnissen schematische Lösungen nicht zu. Die Verfasser hoffen dessen ungeachtet, gerade auch durch die systematische Zusammenstellung der bürgerlich-rechtlichen wie steuerrechtlichen Grundlagen sowie der erb- und vermö-

Vorwort

gensrechtlichen Lösungsinstrumente eine fühlbare Hilfe für jeden zu geben, der sich mit Fragen der Vermögensnachfolge befaßt und zu befassen hat. Dabei ist der neueste Rechtszustand sowohl der Gesetzgebung als auch der Rechtsprechung zugrunde gelegt. Die Reformgesetze, nicht zuletzt auf dem Gebiet des Steuerrechts sind berücksichtigt. Auch mit dieser Aktualität des Werkes glauben die Verfasser Vermögensinhabern wie Beratern einen fühlbaren Dienst zu erweisen.

Die Verfasser sind für das Werk wie folgt verantwortlich: Rechtsanwalt Dr. Esch für das Erste Buch, Oberregierungsrat Dr. Schulze zur Wiesche für das Zweite Buch.

München, im November 1975

Dr. Günter Esch

Dr. Dieter Schulze zur Wiesche

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort zur 7. Auflage.....	5
Vorwort zur 5. Auflage.....	6
Vorwort zur 1. Auflage.....	7
Abkürzungsverzeichnis	57

ERSTES BUCH

Bürgerlich-rechtliche Grundlagen einer Vermögensnachfolge

1. Kapitel: Einführung

I. Allgemeine Einführung	65
II. Überblick zur Erbrechtsreform	67
1. Allgemeines.....	67
2. Verjährungsvorschriften.....	67
3. Anordnungen zur Ausgleichung und Anrechnung.....	68
4. Erbrechtliche Vergütung von Pflegeleistungen	68
5. Erbauseinandersetzung durch Testamentsvollstrecker.....	69
6. Erweiterung erbvertraglicher Bindungswirkungen.....	69
7. Änderungen im Pflichtteilsrecht	69
8. Sonstige Änderungen	71
9. Inkrafttreten der Gesetzesänderungen	71

2. Kapitel: Vermögensnachfolge von Todes wegen

1. Abschnitt: Der gesetzliche Gestaltungsrahmen	73
I. Grundbegriffe des deutschen Erbrechts.....	73
1. Gesamtrechtsnachfolge („Universalsukzession“)	73
2. Erbschaft, Nachlass	74
a) Zugehörigkeit zum Nachlass.....	74
b) Ausnahmen	74
3. Erbe	75
4. Vermächtnis, Vermächtnisnehmer	75
5. Vonselbsterwerb, Erbanfallprinzip.....	75
6. Ausschlagung	76
7. Ansprüche des Erben, Erbschaftsanspruch	77
8. Privat-, Verwandten- und Ehegattenerbfolge	78
9. Testierfreiheit	78
10. Pflichtteilsrecht	79
11. Erbengemeinschaft	79
a) Mehrere Erben	79

Inhaltsverzeichnis

b) Erbteil	80
c) Auseinandersetzung	80
12. Erbenhaftung	81
II. Übergangsregeln für die Länder im Gebiet der ehemaligen DDR	82
III. Auslandsberührung	82
1. Grundsätzliches	82
2. Deutsches Kollisionsrecht	84
3. Rechtswahl	84
4. Wechsel der Staatsangehörigkeit	85
5. Ausländische Gesellschaftsbeteiligungen (Ltd.)	86
IV. Erbschein, Testamentsvollstreckerzeugnis	87
1. Erbschein	87
2. Testamentsvollstreckerzeugnis	88
V. Gesetzliche Erbfolge	88
1. Allgemeines	88
2. Verwandtenerbfolge	89
a) Allgemeines	89
b) Verwandte	89
aa) Allgemeines	89
bb) Nichteheliche Abkömmlinge	89
cc) Adoptierte Abkömmlinge	90
c) Die Erbordnungen	91
aa) Erste Ordnung	91
bb) Weitere Ordnungen	91
cc) Rangfolge der Ordnungen	91
d) Das Repräsentationssystem	91
e) Die Verwandtschaftslinien	91
f) Das Gradualsystem	92
g) Ausgleichsansprüche gesetzlicher Erben	92
aa) Allgemeines	92
bb) Ausgleichspflichtige Gegenstände	93
(1) Ausstattung, Zuschüsse	93
(2) Andere Zuwendungen	94
(3) Mitarbeit oder Pflegetätigkeit eines Abkömmlings ..	94
cc) Durchführung der Ausgleich	94
dd) Vereinbarung über die Ausgleich	95
ee) Verjährung	95
3. Ehegattenerbrecht	95
a) Gesetzliches Erbrecht	95
aa) Allgemeines	95
bb) Ehegatten neben Abkömmlingen des Erblassers	96
cc) Ehegatten neben Erben zweiter Ordnung	96
dd) Ehegatten neben Großeltern des Erblassers	97

Inhaltsverzeichnis

b)	Einfluss der Güterstände auf das gesetzliche Erbrecht des Ehegatten.	98
aa)	Entwicklung des Güterrechts	98
bb)	Gesetzlicher Güterstand	99
cc)	Gütertrennung	99
dd)	DDR-Güterrecht	99
c)	Voraus	100
d)	Ehegatten im Scheidungsverfahren	100
4.	Gesetzliches Erbrecht des eingetragenen Lebenspartners	101
a)	Gesetzliches Erbrecht.	101
aa)	Allgemeines.	101
bb)	Lebenspartner neben Abkömmlingen des Erblassers und Erben zweiter Ordnung.	101
cc)	Lebenspartner neben Großeltern des Erblassers.	101
b)	Einfluss der Vermögensstände.	102
c)	Voraus des eingetragenen Lebenspartners	103
5.	Nichteheliche (nicht eingetragene) Lebenspartner	103
VI.	Die Pflichtteilsberechtigten	103
1.	Allgemeines	103
2.	Pflichtteilsberechtigte	105
a)	Abkömmlinge und Eltern	105
b)	Ehegatte	105
c)	Geschiedener Ehegatte	105
d)	Eingetragener Lebenspartner.	106
e)	Kein Ausschluss des Pflichtteilsanspruchs	106
3.	Entstehung des Pflichtteilsanspruchs	106
4.	Anspruchsberechtigung	106
a)	Ausschluss von der Erbfolge	106
b)	Beschränkungen und Beschwerungen des pflichtteilsberechtigten Erben	107
c)	Mit einem Vermächtnis bedachter Pflichtteilsberechtigter.	108
5.	Pflichtteilsquote	109
a)	Grundsätzliche Quote	109
b)	Besonderheiten bei der Zugewinnngemeinschaft.	110
aa)	Erbrechtliche Lösung.	110
bb)	Güterrechtliche Lösung.	110
6.	Pflichtteilsvervollständigung	112
a)	Wegfall von Beschränkungen und Beschwerungen.	112
b)	Zusatzpflichtteil	112
c)	Pflichtteilsergänzung	112
aa)	Anspruch.	112
bb)	10-Jahresfrist	113
cc)	Anspruchsberechtigter.	115
dd)	Schuldner.	116

7. Berechnung der Höhe des Pflichtteilsbetrags	117
a) Stichtag	117
b) Nachlassbestand	117
c) Voraus der Ehegatten	119
d) Bewertung der Nachlassgegenstände	119
aa) Allgemeines	119
bb) Bewertungsbestimmungen	120
(1) Einzelunternehmen, Personengesellschafts- beteiligung	120
(2) Kapitalgesellschaftsbeteiligungen	120
(3) Landgut	121
cc) Zuwendung einer Lebensversicherung	121
8. Auskunftsansprüche	121
a) Auskunftsanspruch des pflichtteilsberechtigten Nichterben ..	121
b) Auskunftsanspruch des pflichtteilsberechtigten Miterben ...	122
9. Träger der Pflichtteilslast	123
a) Grundsätze	123
b) Erblasserordnung	123
c) Pflichtteilslast des Bevorteilten	123
10. Fälligkeit	124
11. Stundung	124
12. Verjährung	125
2. Abschnitt: Die Gestaltungsmöglichkeiten der gewillkürten Erbfolge	126
I. Voraussetzungen und Grenzen der Testierfreiheit	126
1. Allgemeines	126
2. Testierfähigkeit	126
3. Persönliche Errichtung	127
4. Schranken der Testierfreiheit	128
a) Typenzwang	128
b) Allgemeine gesetzliche Schranken	129
c) Erbrechtliche Schranken	129
d) Schuldrechtliche Schranken	129
e) Wirtschaftliche Schranken	129
aa) Pflichtteilsrecht	129
bb) Zugewinnausgleichsanspruch	129
II. Arten letztwilliger Verfügungen	130
1. Testament	130
2. Gemeinschaftliches Ehegattentestament	130
a) Allgemeines	130
b) Doppelt einseitiges Testament	130
c) Ehegattentestament mit gegenseitiger Erbeinsetzung	131
aa) Nur gegenseitige Erbeinsetzung	131
bb) „Berliner Testament“	131

Inhaltsverzeichnis

cc) Ehegattentestament ohne wechselbezügliche Verfügungen des Überlebenden	131
dd) Ehegattentestament mit wechselbezüglichen Verfügungen des Überlebenden	132
3. Erbvertrag	133
III. Die Formen letztwilliger Verfügungen	134
1. Formzwecke	134
2. Ordentliche Testamente	134
a) Zwei Grundformen	134
b) Eigenhändiges Testament	134
c) Öffentliches Testament	136
aa) Beurkundungsperson	136
bb) Formen	136
cc) Niederschrift	139
dd) Verschließung, Verwahrung	139
3. Außerordentliche Testamentsformen	140
a) Bürgermeister-Testament	140
b) Drei-Zeugen-Testament	140
c) Seetestament	141
d) Gültigkeitsdauer	141
4. Gemeinschaftliches Ehegattentestament	141
a) Grundsätzliches	141
b) Gemeinschaftliches eigenhändiges Testament	141
c) Gemeinschaftliches öffentliches Testament	142
d) Gemeinschaftliches Nottestament	142
5. Erbvertrag	142
6. Sonderregeln in den neuen Bundesländern	143
IV. Die Wahl der richtigen Form	143
1. Einseitige Testamente	143
a) Vor- und Nachteile der Testamentsformen	143
aa) Eigenhändiges Testament	143
(1) Vorteile	143
(2) Nachteile	144
bb) Notarielle Testamente	144
(1) Vorteile	144
(2) Nachteile	145
b) Abwägung der Testamentsformen	146
2. Gemeinschaftliches Ehegattentestament	147
3. Erbvertrag	147
a) Vorteile	147
b) Nachteile	147
V. Widerruf, Aufhebung und Rücktritt von letztwilligen Verfügungen	148
1. Einseitiges Testament	148

Inhaltsverzeichnis

a)	Allgemeines	148
b)	Widerrufstestament	148
c)	Widerruf durch spätere Verfügung von Todes wegen	148
d)	Widerruf durch Vernichtung oder Veränderungs- handlungen	149
e)	Widerruf durch Rücknahme aus der amtlichen Verwahrung.	150
f)	Widerruf des Widerrufs	150
2.	Widerruf eines gemeinschaftlichen Testaments.	151
a)	Gemeinsamer Widerruf	151
b)	Form des Widerrufs	151
3.	Aufhebung und Rücktritt beim Erbvertrag	152
a)	Allgemeines	152
b)	Rücknahme aus Verwahrung.	152
c)	Aufhebung durch Vertrag	152
d)	Anfechtung	154
e)	Rücktritt	154
aa)	Rücktrittsvorbehalt	154
bb)	Gesetzliches Rücktrittsrecht.	155
cc)	Rücktritt durch Testament	155
VI.	Rechtswirkungen letztwilliger Verfügungen	155
1.	Allgemeines	155
2.	Einseitiges Testament.	155
3.	Erbvertrag und gemeinschaftliches Ehegattentestament	156
a)	Bindungswirkung des Erbvertrages	156
b)	Bindungswirkung des gemeinschaftlichen Ehegattentestaments.	157
VII.	Auslegung letztwilliger Verfügungen.	159
1.	Allgemeine Auslegungsregeln	159
a)	Wirklicher Wille des Erblassers	159
b)	Gebot der wohlwollenden Auslegung	160
c)	Erbverträge	160
2.	Auslegungsregeln für einzelne Fälle	160
a)	Bedenkung der gesetzlichen Erben oder der Verwandten . .	160
b)	Bedenkung von Kindern und Abkömmlingen des Erblassers	161
c)	Bedenkung von Abkömmlingen eines Dritten	161
d)	Bedenkung von Gruppen.	161
e)	Zuwendung unter einer Bedingung	161
3.	Auslegung bei Unwirksamkeit einzelner von mehreren Verfügungen	162
4.	Umdeutung	162
VIII.	Unwirksamkeit letztwilliger Verfügungen	162
1.	Nachträgliche Unwirksamkeit	162
a)	Grundsätzliches	162

b)	Gemeinschaftliches Ehegattentestament	163
c)	Erbvertrag	164
d)	Sonstige Unwirksamkeit bei wechselbezüglichen (vertragsmäßigen) Verfügungen	164
2.	Nichtigkeit	164
a)	Nichtigkeit aus allgemeinen rechtlichen Gründen	164
aa)	Mentalreservation, Scheingeschäft, mangelnde Ernstlichkeit	164
bb)	Nichtigkeit wegen Gesetzesverstoßes	165
cc)	Nichtigkeit wegen Sittenwidrigkeit	165
b)	Formnichtigkeit	165
c)	Nichtigkeit nach § 14 HeimG	166
3.	Anfechtbarkeit letztwilliger Verfügungen	167
a)	Allgemeines	167
b)	Anfechtungsberechtigte	168
c)	Anfechtungstatbestände	168
aa)	Inhalts-, Erklärungsirrtum	168
bb)	Irrige Annahme oder Erwartung	169
cc)	Übergehen eines Pflichtteilsberechtigten	169
dd)	Drohung	169
d)	Form der Anfechtung	170
e)	Anfechtungsfrist	170
f)	Anfechtungswirkung	170
g)	Keine Schadensersatzpflicht des Anfechtenden	171
h)	Bestätigung eines anfechtbaren Erbvertrags	171
IX.	Gestaltungen der Erbeinsetzung	171
1.	Erbeinsetzung	171
a)	Bezeichnung des oder der Erben	171
b)	Auslegungsregeln bei ungenauer Erbeinsetzung	172
aa)	Zuwendung des ganzen Vermögens oder von Vermögensbruchteilen	172
bb)	Zuwendung einzelner Gegenstände	172
cc)	Nicht erschöpfende Erbeinsetzung	173
dd)	Den Nachlass übersteigende Vergabe	173
ee)	Unbestimmte Erbteile	173
ff)	Teilweise Einsetzung auf Bruchteile	173
gg)	Gemeinschaftlicher Erbteil	173
c)	Scheidung	174
aa)	Scheidung des Ehegatten	174
bb)	Scheidung des Schwiegerkindes	174
d)	Wegfall eines Erben	174
e)	Gestaltungsempfehlung	175
2.	Ersatzerbenbestimmung	175
3.	Vor- und Nacherbeinsetzung	176

Inhaltsverzeichnis

a) Allgemeines	176
b) Bedeutung der Vor- und Nacherbschaft	177
c) Anordnung einer Vor- und Nacherbschaft	178
d) Auslegungsregeln	179
aa) Allgemeines.	179
bb) Nacherbe und Ersatzerbe	179
cc) Fehlende Nacherbenbenennung.	179
dd) Fehlende Vorerbenbenennung	179
ee) Fehlende Bestimmung des Eintritts des Nacherbfalls . .	179
ff) Einsetzung einer nicht erzeugten Person.	180
gg) Kinderloser Vorerbe	180
e) Vererblichkeit der Nacherbenanwartschaftsrechte	180
f) Wirkung der Vor- und Nacherbschaft	181
aa) Allgemeines.	181
bb) Surrogation	181
cc) Kosten- und Lastentragung.	182
dd) Rechtsstellung des Vorerben.	182
(1) Grundsätzliches	182
(2) Unentgeltliche Verfügungen des Vorerben	183
(3) Weitere Verfügungsbeschränkungen	184
(4) Sicherungspflichten des Vorerben	185
(5) „Befreiung“ des Vorerben.	185
(6) Pflicht des Vorerben zur Verwaltung des Nachlasses.	186
(7) Beseitigung der Nacherbschaft	186
ee) Rechtsstellung des Nacherben	186
(1) Nacherbenanwartschaft.	186
(2) Wirkung des Eintritts der Nacherbfolge	187
g) Gestaltungsmöglichkeiten	188
h) Gestaltungsempfehlungen	189
X. Enterbung	190
XI. Vermächtnis	191
1. Begriff und rechtliche Natur	191
2. Verhältnis zum Pflichtteilsberechtigten	192
3. Die Beteiligten eines Vermächtnisses	193
a) Der Vermächtnisnehmer	193
aa) Allgemeines.	193
bb) Offen gebliebene Bestimmung des Vermächtnisnehmers	193
cc) Vorausvermächtnis.	194
dd) Ersatzvermächtnis	195
ee) Vor- und Nachvermächtnis.	195
b) Der Vermächtnisbeschwerter	196
aa) Beschwerter Erbe.	196
bb) Beschwerter Vermächtnisnehmer (Untervermächtnis) .	196

4. Gegenstand eines Vermächtnisses	196
a) Allgemeines	196
b) Vermächtnis von Nachlassgegenständen	197
aa) Stückvermächtnis	197
bb) Gattungsvermächtnis	197
cc) Wahlvermächtnis	197
c) Verschaffungsvermächtnis	197
d) Zweckvermächtnis	198
e) Umfang des Vermächtnisses	198
aa) Zubehör	198
bb) Belastungen	199
f) Sonderfälle	199
aa) Allgemeines	199
bb) Nießbrauchsvermächtnis	199
(1) Allgemeines	199
(2) Umfang des Nießbrauchs	200
(3) Bestellung des Nießbrauchs	201
(4) Mehrere Nießbraucher	201
(5) Verbindung mit Testamentsvollstreckung	201
(6) Erlöschen des Nießbrauchs	201
cc) Wohnungsrechtsvermächtnis	202
dd) Rentenvermächtnis	202
5. Anfall, Annahme und Ausschlagung des Vermächtnisses	203
a) Anfall	203
b) Fälligkeit	203
c) Annahme	204
d) Ausschlagung	204
aa) Form	204
bb) Ausschlagungsgegner	204
cc) Keine Ausschlagungsfrist	204
6. Sicherung der Vermächtniserfüllung	204
7. Gestaltungsempfehlungen	204
XII. Auflage	205
1. Begriff	205
2. Inhalt einer Auflage	205
3. Anzuwendende Vorschriften	206
a) Beschwerung	206
b) Bestimmung des Leistungsempfängers	206
c) Keine zeitliche Begrenzung	206
4. Vollziehungsberechtigter	206
5. Bindungswirkung	207
6. Gestaltungsempfehlung	207
XIII. Testamentsvollstreckung	207
1. Anwendungsbereich der Testamentsvollstreckung	207

Inhaltsverzeichnis

2. Aufgaben und rechtliche Stellung des Testamentsvollstreckers . . .	208
a) Testamentsvollstreckeramt	208
b) Aufgaben	208
aa) Allgemeines	208
bb) Abwicklungsvollstreckung	209
cc) Verwaltungsvollstreckung	209
dd) Beschränkungen durch den Erblasser	209
ee) Beschränkungen durch das Nachlassgericht	210
c) Rechtliche Stellung des Testamentsvollstreckers	210
aa) Allgemeines	210
bb) Rechte des Testamentsvollstreckers	210
(1) Verfügungsrecht	210
(2) Eingehung von Verbindlichkeiten	210
(3) Prozessführungslegitimation	211
(4) Befreiung vom Selbstkontrahierungsverbot	211
cc) Pflichten des Testamentsvollstreckers	211
(1) Nachlassverzeichnis	211
(2) Ordnungsmäßige Verwaltung	212
(3) Anwendung von Auftragsrecht	212
(4) Jährliche Rechnungslegung	212
(5) Haftung für Verschulden	212
(6) Freigabe von Nachlassgegenständen	213
3. Auswahl des Testamentsvollstreckers	213
a) Grundsätzliches	213
b) Qualifikation	214
c) Mehrere Testamentsvollstrecker	214
d) Juristische Personen als Testamentsvollstrecker	215
e) Alleinerbe als Testamentsvollstrecker	215
aa) Regelungsmöglichkeit	215
bb) Gestaltungsempfehlung	215
f) Gesetzlicher Vertreter als Testamentsvollstrecker	216
g) Miterbe als Testamentsvollstrecker	216
4. Ernennung des Testamentsvollstreckers	217
a) Durch Erblasser	217
b) Durch Dritte	217
c) Durch Testamentsvollstrecker	218
d) Unwirksamkeit der Ernennung	218
5. Annahme und Ablehnung des Amtes	218
a) Annahme	218
b) Ablehnung	219
6. Mehrere Testamentsvollstrecker	219
a) Gemeinschaftliche Amtsführung	219
b) Abweichende Anordnungen des Erblassers	220
7. Beendigung des Amtes	220

a)	Tod, Wegfall der Ernennungsvoraussetzungen	220
b)	Kündigung	220
c)	Entlassung	220
8.	Vergütung	221
a)	Allgemeines	221
b)	Höhe der Vergütung	222
aa)	Festsetzung der Vergütung durch den Erblasser	222
bb)	Gesetzliche Vergütung	222
(1)	Allgemeines	222
(2)	Vergütungsmaßstäbe	222
(3)	Abwicklungs-, Konstitutions-, Verwaltungsgebühr	222
(4)	Vergütungsgrundsätze des Deutschen Notarvereins	223
(5)	Anspruchsberechtigung	226
c)	Fälligkeit der Testamentsvollstrecker-Vergütung	227
d)	Vorzeitige Beendigung des Testamentsvollstreckersamts	227
e)	Berufliche Sondertätigkeit des Testamentsvollstreckers	227
f)	Verjährung des Vergütungsanspruchs	227
g)	Vergütungsvereinbarung	228
h)	Streitentscheidung durch Prozessgericht	228
i)	Steuerliche Fragen	228
9.	Testamentsvollstreckung an einem Unternehmen und an Unternehmensbeteiligungen	228
10.	Gestaltungsempfehlungen	228
XIV.	Pflichtteilsentziehung, -beschränkung	229
1.	Allgemeines	229
2.	Pflichtteilsentziehung	230
3.	Pflichtteilsbeschränkung bei verschwenderischen oder überschuldeten Abkömmlingen	231
XV.	Sonstige Anordnungen	232
1.	Familienrechtliche Verfügungen	232
a)	Testamentarische Benennung eines Vormunds oder Pflegers	232
b)	Ausschluss der Vermögensverwaltung des gesetzlichen Vertreters	232
2.	Beschränkung und Ausschluss der Auseinandersetzung	233
a)	Allgemeines	233
b)	Auseinandersetzungsverbot	233
c)	Beschränkungen des Auseinandersetzungsausschlusses	234
aa)	Gegenständliche Beschränkungen	234
bb)	Zeitliche Beschränkung	234
cc)	Abhängigkeit von Kündigung	235
d)	Bindungswirkung	235
3.	Teilungsanordnungen	235
a)	Allgemeines	235

Inhaltsverzeichnis

b) Gründe für Teilungsanordnungen	236
c) Wirkung von Teilungsanordnungen.....	236
d) Bestimmung durch Dritte	238
4. Übernahmerecht.....	238
5. Verwirkungsklauseln	238
a) Allgemeines.....	238
b) Besondere Verwirkungsklauseln.....	239
c) Allgemeine Verwirkungsklauseln.....	239
d) Rechtsfolgen	239
e) Gestaltungsempfehlung	240
6. Wiederverheiratungsklauseln	240
a) Interessenlage	240
b) Inhalt	241
c) Lösungsmöglichkeiten.....	241
aa) Vorerbschaftslösung	241
bb) Vermächtnis-Lösung	242
d) Gestaltungsempfehlung	242
7. Erbrechtliche Schiedsklauseln.....	243
XVI. Sondergestaltung	244
XVII. Patientenverfügung und Patiententestament	246

3. Kapitel: Vorbereitende Gestaltungsmaßnahmen zur Vermögensnachfolge

1. Abschnitt: Generelle Maßnahmen.....	249
I. Allgemeines.....	249
II. Trans- und postmortale Vollmachten.....	249
III. Vorsorgevollmacht.....	251
IV. Betreuungsverfügung.....	251
V. Vorbereitende Vermögensbildung	252
1. Sachverhalte, Interessenlagen	252
2. Lösungen.....	253
2. Abschnitt: Familienrechtliche Maßnahmen	253
I. Allgemeines.....	253
II. Güterstandsvereinbarungen	254
1. Begriff und Bedeutung des Güterstandes.....	254
2. Die Güterstände	254
a) Zugewinngemeinschaft	254
b) Gütertrennung	255
c) Gütergemeinschaft	255
d) DDR-Recht.....	256
3. Anwendungsbereich.....	256
III. Adoption.....	257
1. Grundsätzliches	257
2. Minderjährigen-/Volljährigenadoption	258

3. Rechtliche Wirkungen	258
a) Familienrechtliche Stellung des Adoptierten	258
aa) Minderjährigenadoption	258
bb) Volljährigenadoption	259
b) Familienname des Adoptierten	259
c) Erbrechtliche Wirkungen	259
aa) Erbrecht des Adoptierten	259
bb) Erbrecht des Annehmenden	260
d) Erstreckung der Adoptionswirkungen	260
aa) Abkömmlinge des Adoptierten	260
bb) Verwandte	260
4. Bedeutung für die Erbfolgegestaltung	260
a) In privatrechtlicher Hinsicht	260
b) In steuerlicher Hinsicht	261
5. Gesetzliche Voraussetzungen der Adoption	261
a) Adoption durch vormundschaftsgerichtlichen Beschluss	261
b) Antrag des Annehmenden	261
c) Persönliche Erfordernisse der Annehmenden	261
6. Aufhebung des Adoptionsverhältnisses	262
3. Abschnitt: Maßnahmen vorweggenommener Erbfolge	262
I. Allgemeines	262
1. Begriff	262
2. Gestaltungskriterien der vorweggenommenen Erbfolge	262
a) Motive des Erblassers	262
b) Motive der Erben	263
c) Risiken	264
II. Zulässigkeit und Grenzen von Verfügungen unter Lebenden	264
1. Grundsätzliches	264
2. Erbrechtlicher Schutz gegen beeinträchtigende Verfügungen unter Lebenden	265
3. Schutz aus Gründen der Sittenwidrigkeit	266
4. Schuldrechtliche Verpflichtung des Erblassers	267
III. Ausstattungen	267
1. Begriff	267
2. Keine Schenkung	267
3. Gegenstand der Ausstattung	268
4. Korrespondierende Ausgleichspflicht	268
IV. Unentgeltliche Zuwendungen	268
1. Schenkung	268
a) Bedeutung	268
b) Unentgeltlichkeit	269
c) Vertretungsbeschränkungen	269
aa) Vertragsschluss des gesetzlichen Vertreters mit sich selbst	269

Inhaltsverzeichnis

bb) Pflegerbestellung	270
cc) Familiengerichtliche Genehmigung	270
d) Rückforderung, Widerruf der Schenkung	270
aa) Rückforderung wegen Bedürftigkeit	270
bb) Widerruf	271
cc) Vorbehaltenes Rücktrittsrecht, auflösend bedingte Übertragung	271
e) Anrechnung	272
f) Ausgleichung	272
2. Gemischte Schenkung	273
3. Unterlassener Vermögenserwerb keine Schenkung	273
4. Pflicht- und Anstandsschenkungen	274
5. Vermeidung von Pflichtteilergänzungsansprüchen	274
6. Schenkungsversprechen	274
a) Vertrag	274
b) Formbedürftigkeit	274
c) Schenkungsversprechen unter Lebenden auf den Todesfall. aa) Allgemeines	275
bb) Vertrag	276
cc) Überlebensbedingung	276
dd) Unvollzogene Schenkung	276
7. Ehegattenzuwendungen, Ehegatteninnengesellschaften	277
8. Schenkung unter einer Auflage	278
9. Schenkung unter Nießbrauchsvorbehalt	279
10. Vertrag zugunsten Dritter auf den Todesfall	279
a) Allgemeines	279
b) Lebensversicherungsverträge	280
c) Bankkonto	281
d) Sparbuch	282
e) Bausparvertrag	282
f) Wertpapierdepot	282
g) Scheck	282
11. Erbschaftsvertrag	282
V. Entgeltliche Zuwendungen	283
1. Interessenlagen	283
2. Abfindungen zugunsten Dritter	283
3. Schuldübernahmen	284
4. Vermögensübertragung gegen Versorgungsleistungen	284
a) Leibrente	284
b) Dauernde Last	284
c) Dingliche Absicherung	284
d) Tatsächliche Versorgungsleistungen	285

4. Abschnitt: Vorbereitende erbrechtliche Maßnahmen außerhalb letztwilliger Verfügungen	285
I. Ausgleichsordnung.....	285
II. Anrechnungsbestimmung.....	286
III. Erbverzicht, Pflichtteilsverzicht, Zuwendungsverzicht.....	286
1. Allgemeines.....	286
2. Gestaltungsmöglichkeiten.....	287
a) Verzicht auf gesetzliches Erbrecht.....	287
b) Verzicht auf Bruchteil der gesetzlichen Erbquote.....	287
c) Erbverzicht zugunsten eines anderen.....	287
d) Zuwendungsverzichtsvertrag mit dem Erblasser.....	287
e) Pflichtteilsverzicht.....	289
aa) Allgemeiner Pflichtteilsverzicht.....	289
bb) Beschränkter Pflichtteilsverzicht.....	289
(1) Teilweiser Pflichtteilsverzicht.....	289
(2) Gegenständlich beschränkter Pflichtteilsverzicht.....	289
3. Form.....	290
a) Notarielle Beurkundung.....	290
b) Persönlicher Abschluss durch den Erblasser.....	290
c) Vertretung des Verzichtenden.....	291
4. Rechtliche Wirkungen.....	291
a) Verzicht auf gesetzliches Erbrecht.....	291
b) Verzicht auf Erbersatzanspruch.....	292
c) Erbverzicht zugunsten eines anderen.....	292
d) Zuwendungsverzichtsvertrag mit dem Erblasser.....	292
e) Pflichtteilsverzicht.....	293
5. Abfindungsvereinbarungen.....	293
a) Abstrakte Natur des Verzichts.....	293
b) Abhängigkeit von einer Gegenleistung.....	293
aa) Allgemeines.....	293
bb) Bedingter Verzicht.....	294
cc) Nichtigkeit bei einheitlicher Beurkundung.....	294
dd) Rückforderung wegen ungerechtfertigter Bereicherung.....	294
ee) Gestaltungshinweis.....	295
6. Gestaltungsempfehlungen.....	295
a) Pflichtteilsverzicht.....	295
b) Erbverzicht.....	296
c) Vorteile des Pflichtteilsverzichts gegenüber Erbverzicht.....	296

4. Kapitel: Unternehmensnachfolge

1. Abschnitt: Einführung	297
I. Unternehmensnachfolge als Sonderfall der Vermögensnachfolge..	297
II. Ziele der Unternehmensnachfolge.....	299
1. Erhaltung des Unternehmens.....	299

Inhaltsverzeichnis

a) Richtige Rechtsformwahl	299
b) Richtige Unternehmensleitung	300
aa) Managementproblematik	300
bb) Notfallvorsorge als unternehmerisches Pflicht- programm	301
2. Wirtschaftliche Versorgung der Familie	301
3. Steuergünstige Gestaltung	302
2. Abschnitt: Einzelunternehmen	302
I. Kaufmännisches Einzelunternehmen	302
1. Haftung der Vermögensnachfolger	302
a) Allgemeines	302
b) Beschränkung der Minderjährigenhaftung	304
2. Erbengemeinschaft als Nachfolger	305
II. Nichtkaufmännisches Unternehmen	306
3. Abschnitt: Grundsätzliches zu den Gesellschaftsformen	307
I. Allgemeines	307
II. Personengesellschaften	308
1. Allgemeines	308
2. Außengesellschaften	309
3. Innengesellschaften	309
a) Allgemeines	309
b) Ehegatteninnengesellschaften	310
c) Motive für Innengesellschaften	311
III. Kapitalgesellschaften	311
IV. Vor- und Nachteile der verschiedenen Gesellschaftsformen	312
1. Personengesellschaften	312
a) Vorteile der Personengesellschaften	312
aa) Einfache Errichtung	312
bb) Dispositionsfreiheit	312
cc) Personale Bindung	312
dd) Kein notwendiges Startkapital	312
b) Nachteile der Personengesellschaften	313
aa) Keine Fremddorganschaft	313
bb) Persönliche Haftung	313
2. Kapitalgesellschaften	314
a) Vorteile der Kapitalgesellschaften	314
aa) Keine Haftung der Gesellschafter	314
bb) Fremddorganschaft	314
cc) Kapitalistische Struktur	314
b) Nachteile der Kapitalgesellschaften	315
aa) Errichtungsaufwand	315
bb) Publizitätspflichten	315
cc) Beschränkte Mitgliedschaftsrechte	316

dd) Betriebliche Mitbestimmung	316
V. Formvorschriften für Gesellschaftsverträge	317
1. Personengesellschaften	317
a) Formfreiheit	317
b) Formpflicht bei schenkweiser Übertragung eines Gesellschaftsanteils?	317
c) Formpflicht bei Grundstückseinbringung	317
d) Formpflicht bei Einbringung eines GmbH-Geschäftsanteils .	318
e) Einbringung des gegenwärtigen Vermögens	318
2. Kapitalgesellschaften	318
a) GmbH	318
b) Aktiengesellschaft, KGaA	319
4. Abschnitt: Die Gesellschaftsformen im einzelnen	319
I. Personengesellschaften	319
1. Die (Außen-)Gesellschaft bürgerlichen Rechts	319
a) Grundsätzliches	319
b) Anwendungsbereiche	320
aa) Kleingewerbe	320
bb) Freiberufliche Berufsträger	320
cc) Land- und Forstwirte	320
dd) Familienpool, Grundstücksgesellschaften	320
ee) Kapitalgesellschaftsbeteiligungen	321
c) Vertragsfreiheit	322
d) Keine Firma	322
e) Geschäftsführung und Vertretung	322
f) Haftung der Gesellschafter	323
g) Haftung des Rechtsnachfolgers bei rechtsgeschäftlicher Übertragung	324
h) Gesellschafterwechsel	324
i) Kündigung	325
j) Ausscheiden eines Gesellschafters	326
k) Sonderfall des Ausscheidens: Tod	326
aa) Allgemeines	326
bb) Gesetzliche Folgen des Todes eines Gesellschafters . . .	327
cc) Gesellschaftsvertraglich geregelte Folgen des Todes eines Gesellschafters	328
(1) Allgemeines	328
(2) Fortsetzungsklausel unter Ausschluss der Erben ohne Abfindung	328
(3) Fortsetzungsklausel unter Ausschluss der Erben mit Abfindung	329
(4) Gesellschaftsvertragliche Nachfolgeklauseln	330
(5) Eintrittsklauseln	330

Inhaltsverzeichnis

l) Abfindung der Erben und eines ausscheidenden Gesellschafters	330
2. Offene Handelsgesellschaft	331
a) Begriff, Gegenstand	331
b) Anwendungsbereich	332
c) Gesellschafter	332
d) Firma	333
e) Wettbewerbsverbot	333
f) Geschäftsführung	334
g) Vertretung	334
h) Gesellschafterbeschlüsse	335
i) Buchführung und Jahresabschluss	336
j) Errichtung und Feststellung des Jahresabschlusses	338
k) Verteilung von Gewinn und Verlust, Entnahmen	338
l) Dauer der Gesellschaft, Kündigung	339
m) Gesetzliche Rechtsfolgen der Kündigung oder Insolvenz eines Gesellschafters	341
n) Gesetzliche Rechtsfolgen beim Tod eines Gesellschafters ..	341
o) Gesellschaftsvertraglich vereinbarte Rechtsfolgen beim Tod eines Gesellschafters	342
aa) Auflösungsklausel	342
bb) Allgemeines zu Nachfolgeklauseln	342
cc) Einfache Nachfolgeklauseln	343
dd) Qualifizierte Nachfolgeklauseln	344
ee) Eintrittsklausel	346
ff) Rechtsgeschäftliche Nachfolgeklauseln	347
gg) Verhältnis zwischen Gesellschaftsrecht und Erbrecht ..	347
p) Abfindung ausscheidender Gesellschafter	348
aa) Gesetzliche Regelung	348
bb) Gesellschaftsvertragliche Regelungen	349
(1) Allgemeines	349
(2) Schwebende Geschäfte	349
(3) Ausschluss der Abfindung	349
(4) Höhe einer vereinbarten Abfindung	350
(5) Fälligkeit	352
(6) Verfallklausel	352
(7) Sicherheitsleistung	352
q) Weitere Regelungen	353
3. Kommanditgesellschaft	353
a) Allgemeines	353
b) Anwendungsbereich	353
c) Einlage, Haftsumme, Haftung der Kommanditisten	354
d) Firma	356
e) Geschäftsführung und Vertretung	356

Inhaltsverzeichnis

f)	Gesellschafterbeschlüsse	357
g)	Informations- und Kontrollrechte der Kommanditisten ...	358
h)	Ergebnisverteilung	359
i)	Entnahmerechte	360
j)	Kein Wettbewerbsverbot für Kommanditisten	361
k)	Tod eines Gesellschafters	361
	aa) Tod eines persönlich haftenden Gesellschafters (Komplementärs)	361
	bb) Tod eines Kommanditisten	361
l)	Gesellschaftsdauer, Kündigung, Abfindung ausscheidender Gesellschafter	363
m)	Gestaltungsempfehlungen	364
4.	GmbH & Co. KG	364
	a) Allgemeines	364
	b) Anwendungsbereich	365
	c) Gesellschaftsverträge	366
	d) Gesellschafterbeteiligung	367
	aa) Grundform	367
	bb) Einheitsgesellschaft	369
	e) Firma	369
	f) Wettbewerbsverbot	370
	g) Geschäftsführung und Vertretung	370
	h) Verteilung von Gewinn und Verlust, Entnahmen	371
	i) Publizitätspflichten	371
	j) Informationsrechte der Kommanditisten	371
	k) Gestaltungsmöglichkeiten	372
5.	Stiftung & Co. KG	372
6.	Stille Gesellschaft	373
	a) Begriff	373
	b) Typische und atypische Stille Gesellschaft	374
	c) Gesellschafter	375
	d) Anwendungsbereich	375
	e) Vertragsschluss	376
	f) Geschäftsführung, Vertretung, Kontrollrechte	377
	g) Wettbewerbsverbot	377
	h) Verteilung von Gewinn und Verlust, Entnahmen	377
	i) Gesellschaftsdauer, Auflösungsgründe	378
	j) Tod eines Gesellschafters	378
	k) Insolvenz des Geschäftsinhabers	379
	l) Auseinandersetzung, Abfindung	379
7.	GmbH & Still	380
8.	Unterbeteiligung	380
	a) Allgemeines	380
	b) Typische und atypische Unterbeteiligung	382

Inhaltsverzeichnis

c)	Anwendungsbereich.....	382
d)	Gesellschafter, Vertragsschluss	383
9.	Treuhandverhältnisse.....	384
a)	Allgemeines.....	384
b)	Treuhandvertrag	385
c)	Beendigung durch Tod.....	385
10.	Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV)...	386
11.	Partnerschaft.....	386
a)	Allgemeines.....	386
b)	Errichtung einer Partnerschaft	387
c)	Name der Partnerschaft	387
d)	Geschäftsführung, Vertretung.....	388
e)	Kapital, Haftung.....	388
f)	Tod eines Partners	388
II.	Kapitalgesellschaften	389
1.	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	389
a)	Allgemeines.....	389
b)	Anwendungsbereich.....	390
c)	Errichtung, Entstehung der GmbH	390
d)	„Wirtschaftliche Neugründung“ bei Mantel- und Vorratsgesellschaften	392
e)	Gründer.....	392
f)	Vorgründungsgesellschaft, Vorgesellschaft	393
g)	Vertragsinhalt	394
aa)	Firma.....	394
bb)	Sitz.....	395
cc)	Gegenstand des Unternehmens	395
dd)	Betrag des Stammkapitals	396
ee)	Zahl und die Nennbeträge aller Geschäftsanteile	396
(1)	Allgemeines.....	396
(2)	Geldeinlagen.....	396
(3)	Sacheinlagen	397
(4)	Verdeckte Sacheinlagen	397
(5)	Mischeinlage.....	398
h)	Übertragbarkeit der Geschäftsanteile, Gesellschafterliste ..	398
aa)	Allgemeines.....	398
bb)	Übertragbarkeit	398
i)	Nießbrauchsbestellung an Geschäftsanteilen zur vorweggenommenen Erbfolge	401
aa)	Gutgläubiger Erwerb bei unrichtiger Gesellschafterliste.	402
j)	Vererblichkeit von Geschäftsanteilen	402
aa)	Freie Vererblichkeit	402
bb)	Erbaueinandersetzung	403
cc)	Vorbeilekung am Nachlass	403

Inhaltsverzeichnis

dd) Gesellschaftsvertragliche Lenkung	403
ee) Mehrere Erben	405
ff) Testamentsvollstreckung	405
gg) Abfindungsregelungen	405
k) Organe	406
aa) Geschäftsführung	406
bb) Gesellschafterversammlung	409
cc) Gesellschafterausschuss	409
dd) Aufsichtsrat, Beirat	410
l) Jahresabschluss	411
m) Ergebnisverwendung	411
n) Haftungsfragen	411
aa) Bedeutung für Vermögensnachfolger	411
bb) Gesellschafterhaftung	412
(1) Trennungsprinzip	412
(2) Unterkapitalisierung	412
(3) Vermischung der Vermögensverhältnisse	412
(4) Existenzvernichtungshaftung	412
(5) Erhaltung des Stammkapitals	413
cc) Geschäftsführerhaftung	414
(1) Haftung gegenüber der Gesellschaft	414
(2) Haftung gegenüber Dritten	415
(3) Verjährung	415
o) Gesellschafterrechte	415
p) Änderungen des Gesellschaftsvertrags, insbesondere Kapitalerhöhung	415
q) Ausscheiden, Kündigung, Ausschluss aus der GmbH	416
r) Auflösung der GmbH	418
s) Gestaltungsmöglichkeiten	419
2. Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)	419
a) Allgemeines	419
b) Stammkapital	420
c) Nur Bareinlagen mit Volleinzahlung	420
d) Genehmigtes Kapital	420
e) Gesetzliche Rücklage	420
f) Firma	421
3. Aktiengesellschaft	421
a) Allgemeines	421
b) Anwendungsbereich	422
c) Errichtung, Entstehung der AG	422
d) Nachgründung	423
e) Aktien	423
f) Gesellschaftsorgane	424
aa) Vorstand	424

Inhaltsverzeichnis

bb) Aufsichtsrat	424
(1) Zusammensetzung	424
(2) Mitbestimmung	425
(3) Hauptversammlung	426
g) Rechnungslegung	426
h) Haftungsfragen	427
i) Vererblichkeit der Aktien	428
j) Gestaltungsmöglichkeiten	428
4. Kommanditgesellschaft auf Aktien	428
a) Begriff	428
b) Anwendungsbereich	429
c) Anzuwendende Vorschriften	429
d) Tod eines Gesellschafters	429
5. Stiftung	430
a) Allgemeines	430
b) Arten der rechtsfähigen Stiftung des Privatrechts	430
aa) Familienstiftung	430
bb) Gemeinnützige Stiftung	431
cc) Gemeinnützige Familienstiftung	431
dd) Unternehmensstiftung	431
ee) Doppelstiftung	432
c) Rechtsfähige Stiftung	432
aa) Entstehung	432
bb) Stiftungsgeschäft	432
cc) Stiftungsvermögen	433
dd) Anzuwendendes Recht	433
ee) Stiftungsverfassung	433
d) Anwendungsbereich	434
e) Unselbständige Stiftung	435
5. Abschnitt: Unternehmensnachfolgeregelungen in Verfügungen	
von Todes wegen	436
I. Vor- und Nacherbschaft bei Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen	436
1. Unternehmer- und Gesellschafterstellung	436
2. Verfügungsbeschränkungen des Vorerben	437
3. Gestaltungsempfehlung	438
II. Vermächtnisse zur Unternehmensnachfolge	438
1. Drittbestimmung des Unternehmensnachfolgers	438
a) Problematik	438
b) Lösung	438
2. Vermächtnis einer Unterbeteiligung	439
a) Allgemeines	439
b) Gestaltung	439
III. Auflagen zur Unternehmensfortführung oder -umgründung	439

1. Auflagen zur Fortführung eines Unternehmens	439
2. Auflagen zur Rechtsformänderung eines Unternehmensträgers .	440
3. Auflage der Bindung an Schiedsgutachter- oder Schieds- gerichtsklauseln.	441
IV. Testamentsvollstreckung an einem Unternehmen und an Unternehmensbeteiligungen	441
1. Testamentsvollstreckung an einem gewerblichen Unternehmen .	441
a) Allgemeines	441
b) Treuhänderische Unternehmensführung im eigenen Namen.	442
c) Unternehmensfortführung als Bevollmächtigter der Erben.	442
d) Rechtsänderung des Unternehmensträgers	443
2. Testamentsvollstreckung an Personengesellschaftsbeteiligungen.	443
a) Zulässigkeit	443
b) Testamentsvollstreckung an Beteiligung eines unbeschränkt haftenden Gesellschafters.	444
aa) Grundsätzliches	444
bb) Gestaltungsmöglichkeiten	445
(1) Testamentsvollstreckung	445
(2) Treuhandlösung	445
(3) Vollmachtlösung.	447
(4) Weisungsgeberlösung.	447
cc) Änderung der Rechtsform.	447
c) Testamentsvollstreckung an Kommanditbeteiligung	447
d) Stille Gesellschaft	448
e) Partnerschaftsgesellschaft.	449
3. Testamentsvollstreckung an Kapitalgesellschaftsbeteiligungen .	449
6. Abschnitt: Unternehmensnachfolge durch Regelungen unter Lebenden	449
I. Vorbereitende Maßnahmen	449
1. Notfallvorsorge, Vollmachten	449
2. Güterstandsrechtliche Vereinbarungen	450
3. Ehegatteninnengesellschaft	452
4. Errichtung einer „Ein-Mann-Gesellschaft“	452
a) Problematik	452
b) Kapitalgesellschaft	452
c) „Ein-Mann-GmbH & Co. KG“	453
5. Betriebsaufspaltung	453
a) Definition	453
b) Formen.	454
aa) „Echte“ Betriebsaufspaltung	454
bb) „Unechte“ Betriebsaufspaltung	454
c) Anwendungsbereich, Interessenlage	454
aa) Vor- und Nachteile	454
(1) Haftungsbeschränkung	454

Inhaltsverzeichnis

(2) Sicherung von Einkünften	455
(3) Fremdorganschaft	455
(4) Steuern	455
(5) Verträge	456
bb) Betriebsaufspaltung zur Vorbereitung der Erbfolge	456
d) Vertragsgestaltung	456
aa) Gesellschaftsverträge	456
bb) Pachtvertrag	457
e) Betriebsverfassungsrecht, Mitbestimmung	457
6. Organschaft	457
a) Begriff – handelsrechtlich	457
b) Anwendungsbereich	459
aa) Gewinnabführung bei Arbeitsteilung	459
bb) Vorbereitende Erbfolge	459
II. Lebzeitige Einräumung einer Unternehmensbeteiligung	459
1. Allgemeines	459
2. Schenkung einer Unternehmensbeteiligung	460
a) Schenkung oder Ausstattung	460
aa) Allgemeines	460
bb) Offene Handelsgesellschaft und Gesellschaft bürgerlichen Rechts	460
cc) Kommanditgesellschaft, stille Gesellschaft, Unterbeteiligung	462
dd) Ausstattung	462
b) Einzuhaltende Form	462
aa) Innengesellschaft	463
bb) Außengesellschaft	464
c) Hinweis Schenkung- und Ertragsteuer	464
7. Abschnitt: Sonderlösungen im Rahmen der Unternehmensnachfolge	464
I. Nießbrauch an Unternehmen	464
1. Allgemeines	464
2. Nießbrauch an Einzelunternehmen	465
a) Allgemeines	465
b) Unternehmensnießbrauch	465
c) Ertragsnießbrauch	466
3. Nießbrauch an einer Personengesellschaftsbeteiligung	466
a) Zulässigkeit	466
b) Treuhandlösung	468
c) Dingliche Nießbrauchslösung	468
d) Ertragsnießbrauch	469
e) Zwischenlösungen	469
f) Vermögensrechtliche Wirkungen	470
aa) Problematik der Gewinnrücklagen und stillen Reserven	470
bb) Dingliche Nießbrauchsbestellung	470

cc) Ertragsnießbrauch	470
g) Gestaltungsempfehlung	470
4. Nießbrauch an einer Kapitalgesellschaftsbeteiligung	471
a) Zulässigkeit	471
b) Mitgliedschaftsrechte	472
c) Vermögensrechtliche Wirkungen	472
d) Gestaltungshinweis	473
II. Versorgungsrenten	473
1. Allgemeines	473
2. Versorgungsrenten bei Personengesellschaften	473
3. Versorgungsrenten bei Kapitalgesellschaften	474
4. Wertsicherung der Rentenleistung	474
III. Begleitende Gestaltung der Unternehmensnachfolge durch Umwandlung	475
1. Allgemeines	475
2. Grundlagen der Unternehmensumwandlung	477
3. Verschmelzung	478
a) Allgemeines	478
b) Verschmelzungsarten	478
c) Verschmelzungsfähige Rechtsträger	478
d) Zustimmungserfordernis	479
e) Personenidentität	479
f) Rechtsfolge	479
g) Anwendungsbereich für die Vermögensnachfolge	480
4. Spaltung	480
a) Allgemeines	480
b) Anwendungsbereich für die Vermögensnachfolge	480
c) Spaltungsformen	481
aa) Aufspaltung	481
bb) Abspaltung	481
cc) Ausgliederung	482
dd) Kombination der Spaltungsformen	482
d) Spaltungsfähige Rechtsträger, Vermögen, Haftung	483
e) Spaltungsvertrag, Spaltungsplan	483
f) Spaltungsbericht	484
g) Spaltungsprüfung	484
h) Zustimmungsbeschlüsse	484
i) Wirksamwerden der Spaltung	485
5. Formwechsel	485
a) Allgemeines	485
b) Möglichkeiten des Formwechsels	486
c) Umwandlungsbericht	487
d) Umwandlungsbeschluss	487
aa) Allgemeines	487

bb) Zustimmungserfordernis	488
e) Gründungsvorschriften des neuen Rechtsträgers	488

ZWEITES BUCH
Die Steuerfolgen der Erbfolgegestaltung

1. Kapitel: Die Steuerfolgen im Erbfall

1. Abschnitt: Erbschaftsteuer	491
I. Allgemeiner Überblick	491
1. Gegenstand der Erbschaftsteuer und ihre Einordnung in das Gesamtsteuersystem	491
2. Grundsatz der Maßgeblichkeit des bürgerlichen Rechts	492
3. Die Gesamtrechtsnachfolge	495
II. Güterrechtliche Vereinbarungen	495
1. Die Vereinbarung einer allgemeinen Gütergemeinschaft	496
2. Schenkungen zwischen Ehepartnern und Lebenspartnern innerhalb einer bestehenden Ehe	496
3. Die güterrechtliche Auseinandersetzung bei Auflösung der Ehe durch Scheidung	499
4. Die güterrechtliche Auseinandersetzung beim Tode eines Ehegatten	499
5. Vereinbarungen über die Berechnung des fiktiven Zugewinnausgleichs	501
6. Unzulässige rückwirkende Vereinbarung	502
7. Der Verzicht auf Zugewinnausgleich	502
8. Die fortgesetzte Gütergemeinschaft	503
III. Erwerb von Todes wegen	503
1. Der Erbanfall (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 ErbStG)	503
2. Das Vermächtnis	507
3. Der Pflichtteilsanspruch (§§ 2303 ff. BGB)	509
4. Schenkung auf den Todesfall (§ 3 Abs. 1 Nr. 2 ErbStG)	510
5. Erwerbe gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 3 ErbStG	510
6. Erwerb von Todes wegen	510
7. Anordnung einer Stiftung	512
8. Zuwendung aufgrund einer Auflage	512
9. Erwerbe, die von einer staatlichen Genehmigung abhängig sind	513
10. Abfindung für Erbverzicht	513
11. Entgelte für die Übertragung von Anwartschaften (§ 3 Abs. 2 Nr. 5 ErbStG)	514
12. Abfindung für ein aufschiebend bedingtes, betagtes oder befristetes Vermächtnis (§ 3 Abs. 2 Nr. 6 ErbStG)	514
13. Erwerb eines Vertragserben (§ 3 Abs. 2 Nr. 7 ErbStG)	515
IV. Vor- und Nacherbschaft (§ 6 ErbStG)	515
1. Die Vorerbschaft	515

2. Die Nacherbschaft	515
3. Zusammentreffen von Erbfall und Nacherbschaft	516
4. Berliner Testament	517
V. Stiftung und Zweckzuwendung	518
1. Stiftung.	518
a) Übergang von Vermögen auf eine vom Erblasser angeordnete Stiftung.	518
b) Vermögensübertragungen auf einen Trust	519
c) Stiftung unter Lebenden.	520
d) Stiftungszweck	520
2. Die Zweckzuwendung	521
3. Die Erbersatzsteuer der Stiftung	521
4. Erhebung der Erbersatzsteuer.	524
VI. Das Nießbrauchsvermächtnis	524
1. Allgemeines	524
2. Die Zuwendung des Nießbrauchs.	525
3. Die Behandlung der Nießbrauchslast.	526
VII. Die persönliche Steuerpflicht	526
1. Die unbeschränkte Steuerpflicht	526
2. Bedeutung der Doppelbesteuerungsabkommen	527
3. Die beschränkte Steuerpflicht	527
4. Das Erbschaftsteuerabkommen mit der Schweiz	528
a) Grundsätze	528
b) Zusätzliches Besteuerungsrecht in Wohnsitzfällen (Art. 4 Abs. 3 DBA Schweiz).	528
c) Zusätzliches Besteuerungsrecht der Bundesrepublik Deutschland in Wegzugsfällen	529
d) Zuteilung der Besteuerungsrechte.	529
aa) Unbewegliches Vermögen.	529
bb) Betriebsvermögen.	529
cc) Sonstiges Vermögen.	530
dd) Schuldenabzug	530
e) Die Vermeidung der Doppelbesteuerung.	530
5. Einfluss des Außensteuergesetzes auf die Besteuerung des Erbfallles	530
6. Anrechnung ausländischer Steuern.	531
VIII. Die Entstehung der Steuerschuld	531
1. Die Entstehung der Steuerschuld bei Erwerben von Todes wegen	532
a) Erwerb durch Erbfall	532
b) Erwerb unter einer aufschiebenden Bedingung.	532
c) Erwerb des Pflichtteils	532
d) Erwerb durch Stiftung	532
e) Erwerb infolge Auflage	532

Inhaltsverzeichnis

f) Genehmigungspflichtige Erwerbe	533
g) Abfindungen für Erbverzicht	533
h) Veräußerung von Anwartschaftsrechten	533
i) Erwerb im Nacherbfall	533
j) Abfindungsvereinbarungen bei Vermächtnissen.....	533
2. Die Schenkung unter Lebenden	533
3. Zweckzuwendungen	534
IX. Die Wertermittlung	534
1. Die Grundsätze für die Wertermittlung.....	534
a) Die Bereicherung als Bemessungsmaßstab.....	534
b) Zeitpunkt für die Wertermittlung.....	535
c) Anzuwendende Bewertungsvorschriften.....	536
2. Einzelfälle	537
a) Allgemeines.....	537
b) Bewertung des Grundbesitzes.....	537
aa) Unbebaute Grundstücke, § 179 BewG	537
bb) Bebaute Grundstücke, § 180 BewG	537
(1) Bewertung im Vergleichswertverfahren.....	538
(2) Bewertung im Ertragswertverfahren	538
(3) Bewertung im Sachwertverfahren.....	540
cc) Behandlung von Sonderfällen	541
(1) Grundsätze	541
(2) Bewertung des Erbbaurechts (§ 193 BewG)	541
(3) Bewertung des Erbbaugrundstücks (§ 194 BewG) ..	542
(4) Gebäude auf fremden Grund und Boden (§ 195 BewG)	542
dd) Nachweis eines niederen Werts (§ 198 BewG)	543
c) Land- und forstwirtschaftliches Vermögen	543
aa) Begriff	543
bb) Umfang des Betriebsvermögens (§ 158 Abs. 3 BewG) ..	543
cc) Der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft	544
dd) Bewertung (§ 162 ff. BewG)	546
ee) Sondervorschriften.....	550
d) Bewertung des Betriebsvermögens.....	550
aa) Betriebsvermögen.....	550
bb) Bewertungsgrundsätze.....	551
cc) Vereinfachtes Ertragswertverfahren.....	552
e) Betriebsergebnis	553
f) Kapitalisierungsfaktor	554
g) Anteil am Betriebsvermögen einer Personengesellschaft ...	555
h) Anteile an Kapitalgesellschaften	555
aa) Sonstige Kapitalforderungen.....	556
bb) Renten und sonstige wiederkehrende Leistungen und Nutzungen	557

cc) Der Nießbrauch	559
3. Nachlassverbindlichkeiten	562
a) Verbindlichkeiten des Erblassers	562
b) Erbanfallsverbindlichkeiten	562
c) Verbindlichkeiten des Erben	565
4. Steuerbefreiung	566
5. Verschonung des Betriebsvermögens von land- und forstwirtschaftlichem Vermögen, Beteiligungen an Personengesellschaften und Beteiligungen von Kapital- gesellschaften über 25 % (§§ 13 a, 13 b ErbStG)	569
a) Begünstigtes Vermögen	569
b) Ausnahmeregelungen	571
aa) Vermögensverwaltender Betrieb	571
bb) Begriff des Verwaltungsvermögens	571
cc) Kein begünstigtes Vermögen	573
dd) Begünstigtes Vermögen	573
c) Die Verschonungsmaßnahmen	574
aa) Grundsätze	574
bb) Lohnsumme als Indikator	574
cc) Berechnung der Lohnsumme	574
(1) Durchschnittswert der letzten fünf Jahre	574
(2) Berechnung der Lohnsumme nach § 13 a ErbStG ...	574
(3) Betrieb als Grundlage	575
dd) Der Abzugsbetrag von Euro 150.000,-	575
ee) Verschonungsabzug und Abzugsbetrag bei Verpflichtung zur Übertragung auf einen Dritten	576
d) Neufestsetzung der ErbSt bei Unterschreiten der Lohnsummengrenze von 650 % bzw. 1.000 %	576
e) Nachversteuerung im Falle der Minderung des Betriebsvermögens innerhalb von 7 Jahren	577
f) Steuerfestsetzung, Säumniszuschläge, Verzinsung	581
6. Steuerbefreiung für zu Wohnzwecken vermietete Grundstücke .	582
X. Berechnung der Steuer	583
1. Berücksichtigung früherer Erwerbe (§ 14 ErbStG)	583
2. Steuerklassen	584
a) Allgemeines	584
b) Sonderregelung für die Stiftung	584
c) Berliner Testament	585
3. Persönlicher Freibetrag	586
4. Der besondere Versorgungsfreibetrag (§ 17 ErbStG)	586
5. Tarif (§ 19 ErbStG)	587
6. Tarifbegrenzung bei Erwerb von Betriebsvermögen	588
XI. Steuerfestsetzung und Erhebung	589
1. Der Steuerschuldner	590

2. Die Haftungsschuld	590
3. Mehrfacher Erwerb desselben Vermögens (§ 27 ErbStG)	590
4. Anmeldung des Erwerbs (§ 30 ErbStG)	591
5. Die Steuerfestsetzung	593
6. Die Rentenbesteuerung (§ 23 ErbStG)	593
7. Die Aussetzung der Versteuerung (§ 25 ErbStG)	593
8. Die Fälligkeit der Erbschaftsteuer	593
9. Erlöschen der Steuer in besonderen Fällen	594
2. Abschnitt: Einkommensteuer	594
I. Die Einkommensteuer des Erblassers	594
1. Ermittlungsgrundsätze	594
2. Veranlagung des Erblassers	595
II. Die Einkommensteuer des Erben	596
1. Allgemeine Grundsätze	596
a) Der Grundsatz der Gesamtrechtsnachfolge	596
b) Der Vermögenserwerb durch die Erben	596
c) Die Einkommensteuerpflicht des Erwerbers von Todes wegen	597
2. Die Einkünfte des Erben	597
a) Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft	598
b) Einkünfte aus Gewerbebetrieb	598
c) Die Veräußerung einer wesentlichen Beteiligung	602
d) Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit	602
e) Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit	606
f) Einkünfte aus Kapitalvermögen	606
g) Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	607
h) Sonstige Einkünfte der Erben	607
aa) Renten	607
bb) Abfindungen	608
cc) Veräußerungsgewinne im Privatvermögen i.S. des § 23 EStG	608
3. Sonderausgaben	608
a) Der Verlustvortrag	608
b) Weitere Sonderausgaben	610
4. Die außergewöhnliche Belastung	610
5. Der Tarif	611
6. Der nachversteuerungspflichtige Betrag i.S. des § 34a Abs. 3 EStG	611
a) Grundsätze	611
b) Erfüllung von Vermächtnissen und Auflagen aus dem Betriebsvermögen	612
c) Betriebsveräußerung und Betriebsaufgabe durch die Erben	612
d) Einbringungsvorgänge	613
III. Behandlung von Vermächtnissen und Auflagen	614

Inhaltsverzeichnis

1. Grundsätze	614
a) Behandlung beim Erben	614
b) Behandlung beim Vermächtnisnehmer	614
2. Geldvermächtnis	615
3. Sachvermächtnis	615
a) Grundsätze	615
b) Vermächtnis im Bereich des Privatvermögens	615
aa) Behandlung des Erben	615
bb) Behandlung des Vermächtnisnehmers	616
c) Erfüllung eines Vermächtnisses aus dem Betriebsvermögen ..	616
d) Der Gewerbebetrieb oder eine Beteiligung an einer Per- sonengesellschaft als Gegenstand eines Vermächtnisses. ...	617
4. Nießbrauchsvermächtnis	617
a) Grundsätze	617
b) Nießbrauch an der gesamten Erbschaft	618
c) Nießbrauch am Betriebsvermögen	618
aa) Nießbrauch am Einzelunternehmen	618
(1) Grundsätze	618
(2) Unternehmensnießbrauch	618
(3) Zurechnung der Einkünfte	619
(4) AfA-Berechtigung	619
(5) Ertragsnießbrauch am Unternehmen	619
(6) Quotennießbrauch an einem Unternehmen	620
bb) Nießbrauch am Gesellschaftsanteil	621
(1) Nießbraucher als Mitunternehmer	621
(2) Nießbrauch am Gewinnstammrecht	622
d) Nießbrauch am Kapitalvermögen	622
e) Nießbrauch am Grundvermögen	623
aa) Grundsätze	623
bb) Entgeltlicher und unentgeltlicher Nießbrauch	623
cc) Zuwendungsnießbrauch	624
(1) Fremdvermietung	624
(2) Selbstnutzung durch den Nießbraucher	626
(3) AfA-Berechtigung	627
dd) Steuerliche Behandlung des Vorbehaltsnießbrauchs. ...	627
(1) Grundsätze	627
(2) Fremdvermietung	628
(3) Vorbehaltsnießbraucher als AfA-Berechtigter	628
(4) Behandlung des Erwerbers	628
(5) Selbstnutzung durch den Vorbehaltsnießbraucher ..	629
ee) Vermächtnisnießbrauch	629
ff) Dingliche und obligatorische Nutzungsrechte	629
gg) Nießbraucher als wirtschaftlicher Eigentümer	629

Inhaltsverzeichnis

f) Behandlung der Übernahme von Steuerschulden als dauernde Lasten	629
5. Rentenvermächtnis	630
a) Grundsätze	630
b) Rente, dauernde Last	631
c) Unterhaltsrente	633
d) Die private Versorgungsrente	633
e) Vermächtnisrenten	635
aa) Behandlung des Rentenvermächtnisses beim Berechtigten	635
bb) Der rentenverpflichtete Erbe oder Vermächtnisnehmer .	636
6. Die stille Gesellschaft als Vermächtnis	638
a) Die typische stille Gesellschaft	638
b) Die atypische stille Gesellschaft	639
7. Die Unterbeteiligung	640
a) Die Unterbeteiligung nach Art einer stillen Gesellschaft . .	641
b) Die mitunternehmerische Unterbeteiligung	641
IV. Die Erbengemeinschaft	643
1. Die Erbengemeinschaft im Steuerrecht	643
2. Die Einkünfte der Erbengemeinschaft	644
V. Die Erbengemeinschaft als Mitunternehmerschaft	645
1. Grundsätzliches	645
2. Die Erbengemeinschaft als Mitunternehmerschaft	647
3. Betriebsvermögen	647
4. Laufende Einkünfte der Erbengemeinschaft	647
5. Einbringung des Betriebes in eine Personengesellschaft	649
6. Verpachtung des Gewerbebetriebes durch die Erben	650
7. Veräußerung und Aufgabe des Gewerbebetriebes durch die Erben	652
VI. Die Auseinandersetzung der Erbengemeinschaft	653
1. Grundsätzliches	653
2. Die Erbauseinandersetzung im Bereich des Privatvermögens .	655
a) Grundsätze	655
b) Erwerb der Erbanteile der Miterben durch einen Erben . . .	657
c) Ausscheiden der Miterben bis auf einen aus der Erbengemeinschaft	658
d) Realteilung des Nachlasses	658
e) Realteilung mit Spitzenausgleich	660
f) Behandlung von Schuldzinsen aus Darlehen im Zusammenhang mit der Erbauseinandersetzung	661
g) Verrentung von Abfindungsansprüchen im Rahmen einer Auseinandersetzung des Privatvermögens	661
h) Sonstige Rechtsfolgen der privaten Erbauseinandersetzung .	662
i) Gebäude-AfA des Erwerbers	662

j)	Wesentliche Beteiligung	663
k)	Private Veräußerungsgeschäfte i.S. des § 23 EStG.	664
3.	Die Auseinandersetzung eines nur aus Betriebsvermögen bestehenden Nachlasses	664
a)	Vorbemerkung	664
b)	Erwerb der Erbanteile der weichenen Miterben durch einen Miterben	665
c)	Ausscheiden von Miterben aus einer Erbengemeinschaft gegen Abfindung.	666
d)	Veräußerung des Betriebes an einen Miterben.	668
e)	Die Realteilung eines Betriebs	668
aa)	Gesetzliche Grundlage.	668
bb)	Begriff der Realteilung.	668
cc)	Übertragung in das jeweilige Betriebsvermögen der einzelnen Mitunternehmer (Miterben)	671
dd)	Verpachtung eines Betriebes an einen Erben oder Dritten	672
ee)	Abfindung weichenen Erben durch Entnahmen aus dem Betriebsvermögen	672
ff)	Übertragung der im Wege der Realteilung erworbenen Wirtschaftsgüter in eine Personengesellschaft.	674
gg)	Behandlung von Ausgleichszahlungen und Spitzen- ausgleichen	676
hh)	Übernahme von Verbindlichkeiten über die Erbquote hinaus.	678
ii)	Strukturwandel durch Realteilung	679
jj)	Realteilung des Nachlasses als Betriebsaufgabe.	679
kk)	Die Teilauseinandersetzung	680
f)	Nachversteuerungspflichtige Beträge i.S. des § 34a Abs. 3 EStG und Nachlassteilung.	681
g)	Steuerermäßigung bei Belastung mit Erbschaftsteuer (§ 35 b EStG n.F.)	685
4.	Auseinandersetzung eines gemischten Nachlasses	686
a)	Vorbemerkung	686
b)	Veräußerung bzw. Erwerb von Erbanteilen.	686
c)	Ausscheiden aus einer Erbengemeinschaft.	687
aa)	Grundsätze	687
bb)	Die Abfindung geht in das Privatvermögen	687
cc)	Überführung der Sachwertabfindung in ein anderes Betriebsvermögen.	688
dd)	Ausscheiden aus einer Erbengemeinschaft bei einheitlicher Abfindung aus dem Betriebsvermögen mit gemischtem Nachlass	689
d)	Auseinandersetzung eines Mischnachlasses (Realteilung) . .	689

Inhaltsverzeichnis

aa) Grundlagen.....	689
bb) Teilung des Nachlasses unter den Erben (Realteilung ohne Spitzenausgleich)	691
cc) Realteilung mit Spitzenausgleich	692
dd) Schaffung von Privatvermögen im engen zeitlichen Zusammenhang	693
ee) Entnahmen aus dem Betriebsvermögen zur Nachlass- teilung	694
ff) Behandlung von Nachlassverbindlichkeiten bei Misch- nachlässen, insbesondere Schuldzinsen	695
gg) Erbauseinandersetzung unter Zahlung eines Spitzen- ausgleichs	695
5. Auseinandersetzung einer freiberuflichen Praxis	696
a) Grundsätze	696
b) Behandlung der laufenden Einnahmen.....	697
c) Erbauseinandersetzung	697
6. Kreditaufnahme und Begründung anderer Verbindlichkeiten..	697
a) Grundsätze	697
b) Verwaltungsansicht	698
c) Neue Rechtsprechung	698
d) Schuldzinsen im Zusammenhang mit einer entgeltlichen Erbauseinandersetzung	699
e) Übernahme von Verbindlichkeiten des Erblassers bzw. Darlehnsaufnahme zur Erfüllung dieser Verpflichtungen ..	700
f) Abgeltung durch Einräumung von stillen Beteiligungen ...	700
7. Sonderfragen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft.....	700
a) Erbfolge im Bereich der Land- und Forstwirtschaft.....	700
b) Behandlung von Abfindungen, die das Kapitalkonto unterschreiten	702
VII. Die Testamentsvollstreckung	702
VIII. Interessengemeinschaftsverträge.....	705
3. Abschnitt: Gewerbesteuer	706
4. Abschnitt: Grunderwerbsteuer	706
I. Der Anwendungsbereich der Grunderwerbsteuer	706
II. Der Erbanfall im Grunderwerbsteuerrecht	707
1. Die Behandlung des Erbanfalls	707
2. Die Erbauseinandersetzung (§ 3 Nr. 3 GrEStG).....	707
a) Erwerb durch einen Miterben.....	707
b) Erwerb durch den überlebenden Ehegatten des Erblassers .	710
c) Erwerb durch Ehegatten des Miterben aus dem Nachlass ..	710
3. Die Auseinandersetzung im Rahmen einer bereits bestehenden Personengesellschaft.....	710

a) Der Eintritt der Erben in eine bereits bestehende Personengesellschaft	710
b) Das Ausscheiden des Erblassers aus einer bereits bestehenden oHG	710
c) Die Auflösung der Gesellschaft bei Tod eines Gesell- schafers	711
d) Die Auflösung einer zweigliedrigen oHG	711
5. Abschnitt: Umsatzsteuer	712
I. Allgemeiner Überblick	712
II. Die Haftung des Erben für die Umsatzsteuer des Erblassers	713
III. Die umsatzsteuerliche Behandlung von Veräußerungsgeschäften aus dem Nachlass	713
1. Die Veräußerung aus im Privatvermögen befindlichen Gegenständen	713
2. Der Erwerb eines Unternehmens im Wege der Erbfolge	714
a) Die Unternehmereigenschaft des Miterben	714
b) Die Behandlung der laufenden Umsätze	714
c) Die Liquidation des Unternehmens des Erblassers durch den Erben	714
d) Die Veräußerung des Unternehmens durch den Erben	715
3. Die Erbengemeinschaft als Unternehmer	715
a) Die Unternehmereigenschaft des Miterben	715
b) Die Erbengemeinschaft als Unternehmer	715
IV. Die umsatzsteuerliche Behandlung eines im Nachlass befindlichen Anteils an einer Personengesellschaft	716
1. Die Auflösung der Gesellschaft mit dem Tode eines Gesellschafters	716
2. Der verstorbene Gesellschafter scheidet mit dem Tode aus	717
3. Die Fortführung der Gesellschaft mit den Erben	717
V. Die Erbauseinandersetzung	717
1. Ausscheiden von Miterben aus der Erbengemeinschaft	718
2. Realteilung	718
3. Unentgeltliche Wertabgaben	718
4. Die Übertragung des Unternehmens auf eine mit den Erben gebildete oHG oder KG	718
VI. Die Überführung des Unternehmens des Erblassers in eine andere Unternehmensform	718
1. Aufnahme eines Gesellschafters	718
2. Die Umwandlung eines Einzelunternehmens in eine GmbH & Co. KG	719
3. Die Umwandlung einer Erbengemeinschaft in eine GmbH & Co. KG	719
4. Die Umwandlung in eine Kapitalgesellschaft	719
VII. Der Vorsteuerabzug	719

6. Abschnitt: Abgabenordnung	720
I. Haftung des Erben	720
II. Bekanntgabe von Bescheiden	721
III. Rechtsbehelfsbefugnis	721
IV. Haftung des Testamentsvollstreckers	722
V. Haftung nach § 75 AO	722
VI. Das Steuergeheimnis (§ 30 AO)	722
VII. Das Bankgeheimnis	723
VIII. Auskünfte und Zusagen des Finanzamtes	723
IX. Berichtigung der Steuerbescheide nach §§ 172 ff. AO	724
2. Kapitel: Die gesellschaftsrechtliche Erbfolge	
1. Abschnitt: Erbschaftsteuer	727
I. Grundsätze	727
II. Fortsetzung der Gesellschaft beim Tode eines Gesellschafters	727
1. Grundsätze	727
2. Der Erwerb durch die verbleibenden Gesellschafter (§ 3 Abs. 1 Nr. 2 ErbStG)	727
3. Erwerb durch die Erben	728
4. Sonderbetriebsvermögen	728
III. Einfache Nachfolgeklausel	729
1. Grundsätze	729
2. Sonderbetriebsvermögen	729
3. Wertermittlung des Anteils an der Personengesellschaft	729
IV. Erwerb aufgrund einer qualifizierten Nachfolgeklausel.	730
1. Gesellschaftsanteil	730
2. Sonderbetriebsvermögen	731
V. Sonderfall einer Eintrittsklausel	732
2. Abschnitt: Die gesellschaftsrechtliche Auseinandersetzung bei einer Personengesellschaft im Ertragsteuerrecht	732
I. Grundsätze	732
II. Auflösung der Gesellschaft beim Tode eines Gesellschafters	733
1. Die Liquidationsgesellschaft als Mitunternehmerschaft.	733
a) Die Erben als Gesellschafter der Liquidationsgesellschaft . .	733
b) Veräußerung des Gewerbebetriebes	734
c) Beendigung der Gesellschaft durch Liquidation	734
2. Beendigung der Liquidation durch Fortführung der Gesellschaft mit den übrigen Gesellschaftern	735
3. Beendigung der Liquidation durch Fortführung der Gesellschaft mit den Erben	735
III. Die Fortsetzung der Gesellschaft ohne die Erben mit den überlebenden Gesellschaftern	735
1. Grundsätze	735
2. Formen der Abfindung	736

a) Barabfindung	736
b) Ratenzahlung	736
c) Rentenzahlung	736
d) Abfindung durch Einräumung einer stillen Beteiligung . . .	737
e) Sachwertabfindung	738
IV. Fortsetzung der Gesellschaft mit den Erben (Nachfolgeklausel) ..	738
1. Grundsätze	738
2. Nachträgliche Auseinandersetzung	738
a) Entgeltliche Veräußerungen von Anteilen	738
b) Unentgeltlicher Erwerb	739
c) Realteilung eines Gesellschaftsanteils	740
d) Erwerb des Gesellschaftsanteils der Miterben mit Anrechnung auf die Quote und Spitzenausgleich	740
3. Antrag der Erben auf Einräumung der Kommanditisten- stellung	741
4. Steuerliche Wirkung der Kündigung	741
V. Erbeneintritt bei qualifizierter Nachfolgeklausel	741
1. Grundsätze	741
2. Erwerb durch den qualifizierten Erben als unentgeltlicher Erwerb	742
VI. Teilnachfolgeklausel	743
VII. Erbeneintritt bei Eintrittsklausel	744
1. Handels- und bürgerlich-rechtliche Betrachtung	744
2. Steuerliche Behandlung des Eintrittsrechts	745
3. Qualifizierte Eintrittsklausel	745
VIII. Das Übernahmerecht eines Gesellschafters	745
IX. Sonderformen der Abfindung	746
1. Abfindung mit Sachwerten	746
2. Abfindung in Form von Rentenvereinbarungen	747
3. Abfindung durch Einräumung einer stillen Beteiligung bzw. Unterbeteiligung	748
X. Behandlung des Sonderbetriebsvermögens	749
1. Grundsätze	749
2. Fortsetzung der Gesellschaft ohne Erben	750
3. Einfache Nachfolgeklausel	750
4. Qualifizierte Nachfolgeklausel	750
5. Sonderbetriebsvermögen als wesentliche Betriebsgrundlage . . .	751
6. Gestaltungsmöglichkeiten zur Verhinderung der Aufdeckung stiller Reserven	751
XI. Einräumung eines Nießbrauchsvermögens	752
XII. Besonderheiten bei der Vererbung von Anteilen an Personengesellschaften nach § 34a EStG	752
1. Fortsetzungsklausel	752
2. Einfache Nachfolgeklausel	752

3. Qualifizierte Nachfolgeklausel	754
XIII. Zusammenfassung	755
3. Abschnitt: Umsatzsteuer	755
4. Abschnitt: Grunderwerbsteuer	756
3. Kapitel: Vorweggenommene Erbfolge	
1. Abschnitt: Schenkungsteuer	757
I. Die Schenkung unter Lebenden (§ 7 ErbStG)	757
1. Begriff der Schenkung	757
2. Die übrigen Tatbestände, die als Schenkung unter Lebenden gelten	761
3. Schenkungen unter Widerrufsvorbehalt	761
4. Zuwendungen im Rahmen des Gewerbebetriebes	762
5. Ausstattungen	763
6. Schenkung unter Auflage	763
7. Die gemischte Schenkung	763
II. Die steuerliche Anerkennung von Schenkungen	767
1. Kettenschenkungen	767
2. Schenkungen mit einer aufschiebend bedingten Verpflichtung	767
III. Schenkungen unter Lebenden	768
IV. Übertragung von Gegenständen des Privatvermögens	769
1. Grundsätze	769
2. Übertragung eines Grundstücks	770
a) Schenkung des Geldbetrages unter Auflage	771
b) Mittelbare Schenkung eines Grundstücks	771
c) Übernahme eines Teiles des Grundstückskaufpreises	772
d) Übernahme der Baukosten bei gleichzeitiger Schenkung eines unbebauten Grundstücks	773
e) Übernahme der Baukosten bei Bebauung eines dem Beschenkten bereits gehörenden Grundstücks	773
f) Übernahme von Renovierungskosten	774
3. Übertragung eines Grundstücks unter Übernahme von Verbindlichkeiten	774
4. Übertragung eines Grundstücks gegen Rente bzw. dauernde Last	775
5. Übertragung eines Grundstücks unter Nießbrauchsvorbehalt bzw. Einräumung eines Dauerwohnrechts	776
6. Übertragung von Grundstücken als gemischte Schenkung	776
7. Schenkung von Kapitalanteilen	776
a) Schenkung von Anteilen bzw. Teilanteilen an einer GmbH	776
b) Einräumung von Unterbeteiligungen an Kapitalanteilen	777
V. Übertragung eines Einzelbetriebes	777
1. Abgrenzung entgeltliche/unentgeltliche Übertragung	777

2. Übertragung eines Betriebes ohne Gegenleistung	778
3. Übertragung eines Betriebes unter Übernahme der Verbindlichkeiten	779
4. Übertragung eines Betriebes mit der Auflage, den Schenker bzw. dessen Ehefrau bis zum Lebensende zu versorgen.	779
5. Übertragung eines Betriebes unter der Auflage, Ansprüche Dritter abzufinden	780
6. Betriebsübertragungen unter Nießbrauchsvorbehalt	781
7. Teilentgeltliche Übertragungen.	781
a) Begriff	781
b) Veräußerung eines Betriebes unter Buchwert	782
c) Veräußerung eines Betriebes zum Buchwert	782
d) Veräußerung über dem Buchwert.	783
VI. Übertragung eines Gesellschaftsanteils	783
1. Begriff	783
2. Anteilsschenkung ohne Buchwertklausel.	785
3. Schenkungen mit Buchwertklausel	785
4. Behandlung der Anteilsschenkung bei Ausschluss wesentlicher Gesellschaftsrechte	786
5. Einräumung einer atypischen stillen Beteiligung.	787
6. Einräumung einer Unterbeteiligung.	787
7. Übertragung von Anteilen gegen Nießbrauchsvorbehalt.	788
8. Teilentgeltliche Übertragung eines Gesellschaftsanteils	789
a) Anteilsübertragung unter dem Buchwert	791
b) Übertragung des Anteils zum Buchwert	791
c) Übertragung des Anteils über dem Buchwert	792
d) Ausscheiden aus einer Personengesellschaft als Schenkung .	792
9. Die überhöhte Gewinnbeteiligung	793
VII. Übergang eines Anteils von Todes wegen	795
VIII. Adoption	795
2. Abschnitt: Einkommensteuer	796
I. Verfügungen zur Regelung der vorweggenommenen Erbfolge im Bereich des Privatvermögens	796
1. Grundsätze	796
2. Vermögensübergabe im Rahmen der vorweggenommenen Erbfolge	797
a) Grundsätze	797
b) Beteiligte Personen	798
aa) Empfänger des Vermögens	798
bb) Empfänger der Versorgungsleistungen	798
c) Existenzsichernde Wirtschaftseinheiten	798
d) Ausreichend ertragbringende Wirtschaftseinheit	799
e) Übertragung einer existenzsichernden Einheit ohne ausreichende Erträge.	800

Inhaltsverzeichnis

3. Schenkung unter Übernahme von Verbindlichkeiten	800
4. Übertragung von Vermögensgegenständen gegen eine Abstandszahlung	801
5. Übertragung von Vermögensgegenständen gegen Gleichstellungsgelder an weichende Erben	801
6. Vereinbarungen von Renten und dauernden Lasten im Zusammenhang mit Vermögensübergabeverträgen	802
a) Grundsätze	802
b) Rente als Leistungsaustausch.	803
c) Übertragung von Vermögensgegenständen gegen eine Versorgungsrente	804
aa) Versorgungszusagen im Zusammenhang mit Übertragung von existenzsicherndem Vermögen vor dem 1.1. 2008	804
(1) Abgrenzung Rente dauernde Last	804
(2) Art des übergebenen Vermögens	806
(3) Nettoertrag	807
(4) Ertragsprognose	807
bb) Übertragung nach dem 31.12. 2007	808
(1) Grundsätze	808
(2) Einheitliche Behandlung aller Versorgungs- leistungen	809
(3) Zusammenhang mit Einkünften, die der Veranlagung unterliegen	809
(4) Beschränkung auf die Aufgabe betrieblicher Tätigkeiten	810
(5) Gestaltungen.	811
d) Die steuerliche Behandlung von Gleichstellungsrenten	812
7. Schenkung mit der Auflage von Leistungen an Dritte	812
8. Schenkung unter Nießbrauchsvorbehalt und Rückbehaltung eines Wohnrechts	814
a) Nutzungsüberlassung als Auflage.	814
b) Schenkung unter Nießbrauchsvorbehalt	814
aa) Behandlung des Nießbrauchers	814
bb) Behandlung des Eigentümers	814
9. Beteiligungsschenkungen unter Nießbrauchsvorbehalt	815
II. Übertragung eines Gewerbebetriebes auf einen Abkömmling	815
1. Entgeltliche Übertragung	815
a) Abgrenzung.	815
b) Übertragung gegen Barpreis	816
c) Übertragung gegen Ratenzahlung.	817
d) Übertragung gegen Renten	817
aa) Sofortversteuerung.	817
bb) Zuflussbesteuerung	818

e)	Übertragung eines Betriebs gegen Gewinnbeteiligung	818
aa)	Keine Mitunternehmerschaft zwischen Übertrager und Erwerber	818
bb)	Gewinnbeteiligung als Entgelt	819
cc)	Kein Besteuerungswahlrecht des Berechtigten	820
dd)	Behandlung beim Verpflichteten	820
f)	Übertragung eines Betriebs gegen Versorgungszusage	821
aa)	Grundsätze	821
bb)	Beweiserleichterungen bei Unternehmensübertragungen	821
cc)	Versorgungsleistungen bei Übergabe eines Betriebes ohne positiven Substanz- oder Ertragswert	821
2.	Unentgeltliche Übertragung eines Betriebes	822
a)	Behandlung beim Übertragenden	822
b)	Behandlung beim Erwerber	823
3.	Schenkung eines Betriebes unter Auflage	824
a)	Grundsätze	824
b)	Übertragung eines Betriebes gegen eine Versorgungsrente .	824
c)	Übertragung eines Betriebes unter Übernahme von Verbindlichkeiten	825
d)	Zahlung auf Abstandszahlungen und Gleichstellungsgelder .	825
4.	Übertragung eines Betriebes unter Nießbrauchsvorbehalt.	826
a)	Unternehmensnießbrauch	826
b)	Ertragsnießbrauch	827
aa)	Behandlung beim Eigentümer	827
bb)	Behandlung beim Nießbraucher	828
5.	Teilunentgeltliche Übertragung eines Betriebes	828
6.	Unentgeltliche Aufnahme in ein bisheriges Einzelunternehmen .	828
III.	Übertragung von Anteilen an Personengesellschaften	829
1.	Grundsätze	829
2.	Übertragung des gesamten Mitunternehmeranteils	829
3.	Übertragung eines Bruchteils eines Anteils bei Sonderbetriebs- vermögen	830
4.	Übertragung eines Teils des Anteils am Gesamthands- vermögen bei gleichzeitiger überquotaler Übertragung von Sonderbetriebsvermögen	832
5.	Behaltensregelung	833
IV.	Übertragung einer freiberuflichen Praxis	835
1.	Übertragung einer Einzelpraxis	835
2.	Aufnahme in eine freiberufliche Einzelpraxis	835
3.	Übertragung eines Anteils an einer freiberuflichen Sozietät . . .	836
a)	Übertragung des ganzen Anteils	836
b)	Übertragung auf einen Mitgesellschafter	837
c)	Übertragung einer Quote des Anteils auf einen künftigen Erben	837

3. Abschnitt: Grunderwerbsteuer	837
I. Unentgeltliche Grundstücksübertragungen.	837
II. Grundstücksübertragungen an Angehörige und Ehegatten.	837
1. Grundstückserwerb durch den Ehegatten des Veräußerers (§ 3 Nr. 4 GrEStG).....	837
2. Erwerb durch Personen, die mit dem Veräußerer in gerader Linie verwandt sind	838
3. Grundstücksveräußerungen an Eltern	838
4. Grundstücksübertragungen auf Geschwister	838
III. Entgeltliche Grundstücksübertragungen	839
1. Schenkung unter Auflage im Allgemeinen.	839
2. Schenkung unter Übernahme von Hypotheken und sonstigen Lasten.	839
3. Grundstücksübertragungen gegen Rente	839
4. Übertragung von Grundstücken unter Nießbrauchsvorbehalt .	840
5. Sonstige gemischte Schenkungen	840
6. Bemessungsgrundlage	841
IV. Beteiligung von Angehörigen an einer Personengesellschaft.....	841
1. Eintritt in eine bereits bestehende Personengesellschaft.....	841
2. Eintritt eines Gesellschafters in ein bisheriges Einzel- unternehmen.....	841
V. Grunderwerbsteuer bei Einbringung eines Grundstücks in eine GmbH & Co. KG	841
VI. Beteiligung von Angehörigen an einer GmbH	842
4. Abschnitt: Umsatzsteuer	842
I. Grundsätze	842
II. Unentgeltliche Übertragung eines Betriebes	843
III. Schenkung unter Übernahme von Verbindlichkeiten.....	843
IV. Schenkung unter Auflage.....	843
V. Gemischte Schenkung	843

4. Kapitel: Gründung und Umwandlung von Familiengesellschaften

1. Abschnitt: Familienpersonengesellschaft	845
I. Ertragsteuer der Personengesellschaften	845
1. Grundsätze	845
2. Nichtanerkennung der vertraglichen Beziehungen überhaupt .	846
a) Allgemeines	846
b) Bürgerlich-rechtliche Wirksamkeit des Vertrages.....	847
c) Ernsthaftigkeit der Vereinbarung	849
d) Tatsächliche Durchführung des Gesellschaftsverhältnisses .	849
aa) Gesellschafterkonten	849
bb) Verwaltung des Anteils als Fremdvermögen.....	850
cc) Kündigungsrecht der Gesellschafter	850

dd) Entnahmen	851
e) Vertragsabschluss zu Bedingungen wie unter Dritten	851
f) Konsequenzen aus der Nichtanerkennung des Gesellschaftsverhältnisses	852
3. Die steuerliche Anerkennung der Mitunternehmerschaft	852
a) Voraussetzungen der Mitunternehmerschaft	853
b) Mitwirkung	854
c) Stimmrecht	855
d) Leistung der Einlage aus künftigen Gewinnanteilen	855
e) Buchwertklausel	856
f) Steuerliche Konsequenzen aus der Nichtanerkennung der Mitunternehmerschaft	856
4. Angemessenheit der Gewinnbeteiligung und die Mitunternehmerschaft	857
a) Kapitaleinsatz	858
b) Risiko	858
c) Arbeitseinsatz	858
d) Angemessenheit der Gewinnbeteiligung bei geschenkten Beteiligungen	859
5. Sonstige Entgelte	860
6. Schlussbetrachtung	861
II. Ertragsteuerliche Begünstigungen und Steuerbefreiungen aufgrund des Umwandlungssteuergesetzes	861
1. Umwandlung einer Kapitalgesellschaft in eine Personengesellschaft	862
a) Behandlung der übertragenden GmbH	862
b) Auswirkung auf der Ebene der übernehmenden Personengesellschaft	863
aa) Wertverknüpfung	863
bb) Erhöhung des laufenden Gewinns der übernehmenden Personengesellschaft	864
cc) Übergangsgewinn	864
dd) Besteuerung offener Rücklagen	865
c) Besonderheiten bei Nichtzugehörigkeit der Anteile zum Gesellschaftsvermögen der übernehmenden Personengesellschaft	866
d) Vermögensübertragung auf eine Personengesellschaft ohne Betriebsvermögen (§ 8 UmwStG)	867
e) Übernahmeverlust	868
2. Einbringung eines Einzelunternehmens in eine Personengesellschaft	868
3. Die Einbringung einzelner Wirtschaftsgüter von einem Betriebsvermögen in eine Personengesellschaft	870
III. Gewerbesteuer bei Umwandlung	870

IV. Erbschaftsteuer	870
1. Einbringung des Einzelunternehmens in eine Personen- gesellschaft	870
2. Schenkung einer überhöhten Gewinnbeteiligung	871
3. Schenkung mit Buchwertklausel	872
4. Gemischte Schenkungen	872
V. Grunderwerbsteuer	872
VI. Umsatzsteuer	873
2. Abschnitt: GmbH & Co. KG	873
I. Ertragsteuerliche Behandlung der GmbH & Co. KG	873
1. Allgemeines	873
2. Arten der GmbH & Co. KG	874
3. Die Mitunternehmerschaft bei der GmbH & Co. KG	874
a) Mitunternehmerschaft der GmbH	874
b) Mitunternehmerschaft der Kommanditisten	875
c) Erweiterung des Kreises der Mitunternehmer	875
4. Beitragspflichten der Gesellschafter	876
a) Beitragspflicht der GmbH	876
b) Beitragspflicht der Kommanditisten	876
5. Betriebsvermögen der GmbH & Co. KG	876
a) Gesamthandsvermögen	876
b) Betriebsvermögen der GmbH	876
c) Sonderbetriebsvermögen der Kommanditisten	877
6. Gewinnverteilung bei der GmbH & Co. KG	877
a) Grundsätze	877
b) Gewinnbeteiligung der GmbH	878
aa) Beteiligung der GmbH am Gesellschaftsvermögen	878
bb) Vergütung der GmbH bei nicht vermögensmäßiger Beteiligung	878
cc) Verzicht auf Teilnahme an einer Kapitalerhöhung	879
dd) Änderung der Gewinnverteilung zuungunsten der GmbH	879
ee) Die Behandlung der Differenz zur angemessenen Gewinnbeteiligung als verdeckte Gewinnausschüttung an die Gesellschafter	879
c) Besonderheiten bei Beteiligung von Familienangehörigen als Kommanditisten	880
7. Gewinn der GmbH & Co. KG, gesonderte Gewinnfest- stellung bei der GmbH & Co. KG	881
a) Gewinn der Personengesellschaft	881
b) Sondervergütungen	881
aa) Auslagenersatz der GmbH durch die KG	881
bb) Geschäftsführergehalt	881
c) Gewinnausschüttungen der Komplementär-GmbH	882

d) Erträge des sonstigen Sonderbetriebsvermögens	882
e) Sonderbetriebsausgaben	882
8. Die Gewinnverteilung bei der GmbH & Co. KG	883
II. Die Einbringung eines Betriebes in eine GmbH & Co. KG	883
1. Einführung	883
2. Einbringung eines Einzelunternehmens in eine GmbH & Co. KG	884
3. Eintritt einer GmbH in eine bereits bestehende Personen- gesellschaft	885
III. Gewerbesteuer der GmbH & Co. KG	885
1. Die GmbH & Co. KG als Gewerbebetrieb	885
2. Unternehmenseinheit, Organschaft	886
3. Gewerbeertrag	886
4. Gewerbesteuerpflicht der Komplementär-GmbH	886
5. Vorteile der GmbH & Co. KG bei der Gewerbesteuer	886
IV. Erbschaft- und Schenkungsteuer	887
V. Grunderwerbsteuer	887
3. Abschnitt: Betriebsaufspaltung	887
I. Die Betriebsaufspaltung im Einkommensteuerrecht	887
1. Grundsätzliches	887
2. Begriff der Betriebsaufspaltung	888
3. Voraussetzungen einer Betriebsaufspaltung	888
a) Personelle Verflechtung	889
b) Wesentliche Grundlagen	890
4. Einkommensteuerrechtliche Behandlung der Übertragung von Betriebsvermögen auf die Betriebs-GmbH	891
5. Steuerliche Behandlung der Betriebs-GmbH	891
6. Anteile der Gesellschafter an der Betriebs-GmbH als notwendiges Betriebsvermögen der Besitzgesellschaft	893
II. Begründung einer Betriebsaufspaltung	894
III. Die mitunternehmerische Betriebsaufspaltung	895
1. Allgemeines	895
2. Einbringung von Sonderbetriebsvermögen in eine Personen- gesellschaft unter den Voraussetzungen einer Betriebs- aufspaltung	896
3. Übertragung des Sonderbetriebsvermögens auf eine gewerblich geprägte Personengesellschaft	896
IV. Beendigung der Betriebsaufspaltung	896
V. Die Gewerbesteuer bei der Betriebsaufspaltung	897
VI. Schlussbetrachtung	898
4. Abschnitt: GmbH	898
I. Vorbemerkungen	898
II. Körperschaftsteuer der GmbH	899

1. Gegenstand der Körperschaftsteuer	899
2. Das körperschaftsteuerliche Einkommen	899
a) Tarifbelastung	899
b) Steuerfreiheit für Beteiligungserträge	900
c) Das Einlagekonto	900
d) Umwandlung von Rücklagen in Nennkapital (§ 28 KStG)	901
e) Übergangsregelung des Steuerguthabens	901
3. Besteuerung der Gesellschafter	901
a) Gewinnausschüttungen	901
b) Werbungskosten	902
c) Progressionsvorbehalt	902
d) Einheitliche Kapitalertragsteuer	903
e) Veräußerungen von Beteiligungen an Kapitalgesellschaften	903
aa) Herabsetzung der Mindestbeteiligungsgrenze	
i.S. des § 17 EStG	903
bb) Teileinkünfteverfahren auch für Veräußerungsgewinne	903
4. Anerkennung von Verträgen der Gesellschaft mit ihren	
Gesellschaftern	903
5. Behandlung von Entnahmen aus dem Betriebsvermögen	903
6. Gewinnverteilungsbeschlüsse	904
III. Stille Beteiligung an einer GmbH	905
1. Typische stille Beteiligung	905
2. Atypische stille Beteiligung	906
a) Voraussetzungen	906
b) Einheitliche Gewinnermittlung	907
c) Betriebsvermögen	907
d) Geschäftsführergehalt und Pensionszusage	908
e) Gewinnverteilung	908
IV. Unterbeteiligung	908
V. Einbringung eines Betriebes eines Einzelkaufmanns,	
einer Personengesellschaft usw. in eine Kapitalgesellschaft	910
1. Voraussetzungen	910
2. Umwandlungsbilanz und Umwandlungszeitpunkt	911
3. Bilanzierung bei der übernehmenden GmbH	912
4. Behandlung des Anteilstausches	914
a) Begriff des Anteilstausches	914
b) Wertverknüpfung	914
5. Besteuerung des Anteilseigners nach § 22 UmwStG	915
a) Veräußerung durch den Einbringenden	915
b) Veräußerung der eingebrachten Anteile durch den	
Übernehmer	916
VI. Gewerbesteuer	917
5. Abschnitt: Stiftung	917
I. Grundsätze	917

II. Körperschaftsteuer der Stiftung	917
1. Körperschaftsteuerpflicht der Stiftung	917
2. Betriebsausgaben.	918
a) Leistungen aufgrund des Stiftungszweckes	918
b) Sonstige Betriebsausgaben	918
3. Gewinn der Stiftung	919
a) Die Organschaft	919
b) Der Steuertarif.	919
c) Die verdeckte Gewinnausschüttung	919
4. Die gemeinnützige Stiftung	921
III. Einkommen der Gesellschafter	921
IV. Erbschaftsteuer	921
6. Abschnitt: Stiftung & Co. KG.	921
I. Erbschaftsteuer	921
1. Errichtung der Komplementärstiftung.	921
2. Schenkung der Anteile an der Personengesellschaft	921
3. Nachstiftungen	922
4. Erbersatzsteuer (§ 1 Abs. 1 Nr. 4 ErbStG)	922
II. Einkommensteuer.	922
1. Die Stiftung & Co. KG als Mitunternehmerschaft	922
2. Gewinnermittlung der Stiftung & Co. KG	922
3. Einkommen der Gesellschafter	922
a) Gewinnanteil der Komplementärstiftung.	922
b) Gewinnanteile der Kommanditisten	923
III. Einkommensteuer des Stifters bei Gründung	923
1. Unentgeltliche Betriebsübertragung	923
2. Übertragung eines Einzelbetriebes auf eine Stiftung & Co. KG	923
3. Eintritt einer Stiftung in eine bereits vorhandene Personengesellschaft	923
4. Übertragung einer GmbH auf eine Stiftung & Co. KG	923
IV. Gewerbesteuer	924
V. Grunderwerbsteuer	924
VI. Die steuerlichen Vorteile der Stiftung & Co. KG gegenüber der GmbH & Co. KG	924
Verzeichnis der Werke und Monographien	925
Sachregister	935